WIR WOLLEN ALLES

NR.12 (Januar 74) J 7581 EX DM 1,00

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen

BREMEN: Proletarische Front c/o Gerd Stallies, 28 Bremen, Kirchbachstr.144
FRANKFURT: Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Häuserrat z.Zt. noch 6 Frankfurt 1, Bockenheimer Landstr.113
HAMBURG: Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4
KÖLN: Arbeiterkampf c/o das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicherstr.197
MÜNCHEN: Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr.41b
NÜRNBERG/
ERLANGEN: über Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
SAARBRÜCKEN: Gruppe "Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Pf.17

Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung
WIR WOLLEN ALLES 8551 Gaiganz Nr.12



Widerstand ist nötig!

Letzte Meldung: Diese Nr. ist schon im Druck als am Morgen des 31.1.74 von der Polizei in Frankfurt in politischen Buchladen Ausgaben von WIR WOLLEN ALLES beschlagnahmt werden, als Teil der staatlichen Vorbereitung auf die Räumung von besetzten und Mietstreikhäusern. WIDERSTAND IST NÖTIG!

zur Tarifrunde:

Wenn der Genscher es so will trägt er selber seinen Müll

Seit Wochen prophezeien Unternehmervertreter, „Sachverständige", Regierungssprecher und Pressekommentatoren für dieses Jahr die härtesten und wichtigsten Tarifrunden der Nachkriegsgeschichte. Und es ist nicht das übliche, alljährliche Spiel: der Ruf nach Mäßigung (der Arbeiter, versteht sich) ist schriller als sonst. Wovor haben die alle Angst?

Nicht vor der Krise, nicht nur vor einem Steigen der Löhne und Gehälter – sondern davor, auch diese Tarifrunden politisch zu verlieren. Denn die kommenden Tarifauseinandersetzungen werden klarmachen, daß die Unruhe der Massen in der Bundesrepublik keine Episode war, daß die Streiks des letzten Jahres keine – in Zukunft vermeidbaren – Zufälle waren, daß der Arbeiterkampf in der Bundesrepublik über fünf Jahre hinweg immer klarer zur Tatsache geworden ist und eine eigene Perspektive hat.

Es begann mit der ersten größeren Krise der Nachkriegsgeschichte, der Rezession 66/67. Zwar gelang es damals noch, die Krise und ihre Folgen – Kurzarbeit, Entlassungen, Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern, Lohn- und Gehaltssenkung und dann Arbeitsverschärfung – voll auf die Massen abzuwälzen. Aber die scheinbar geschichts- und klassenlose Friedhofsruhe der Bundesrepublik war für immer dahin. Es gelang Unternehmern und Staat aus der **ökonomischen** Krise heraus und zu neuen Profiten zu kommen – aus der **sozialen** und **politischen** Krise kamen sie nicht mehr heraus:



Die Massen hatten gesehen, daß es keinen Garantieschein auf stetigen Anstieg des privaten Lebensstandards gab, daß es nicht nur Interessenkonflikte, sondern auch Interessengegensätze, daß es Klassen gab, daß die scheinbare Demokratie sehr leicht zur Gewaltherrschaft werden konnte. Das erzeugte die Kritik der Massen am System des Profits. Fragen, die bisher gegenstandslos oder tabu schienen, wurden wieder gestellt: Ist die freie Marktwirtschaft wirklich der Weisheit letzter Schluß? Muß das eigentlich so sein, daß die einen nur arbeiten und die anderen nur verdienen? Muß das eigentlich so sein, daß wir **in** der Krise mit Lohnkürzung und Arbeitslosigkeit und **nach** der Krise mit mehr und mehr Arbeit zahlen müssen und die Unternehmer beide Male voll profitieren?

Diese Kritik der Massen stellte noch keineswegs die Frage nach der revolutionären Alternative, es ging um konkrete, im Kapitalismus vorhandene und erfüllbare Bedürfnisse und Forderungen: mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit der Arbeitsplätze, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums usw. Das war en vorerst nur vage Ziele, keinesfalls Kampfforderungen. Eins aber zeichnete sich sehr konkret ab: die Massen waren nicht mehr bereit, sich alles gefallen zu lassen, kampflos würde man ihnen so leicht nichts mehr wegnehmen können.

Die reformistische Alternative: kein Schimmer von nichts!

So war die soziale Situation, in der sich die Sozialdemokratie als Alternative, als Reformpartei profilieren und stärken konnte. Sie sagte den Massen nicht (wie es die CDU/CSU tat): Ihr müßt ruhig halten! Sie sagte: die Kritik ist berechtigt, das gesellschaftliche System in der BRD ist verrottet, der Profit ist alles, der Mensch und die Qualität des Lebens gelten nichts – das muß anders werden. Und die SPD erweckte den Eindruck, als wären die Kritik der Massen am System und ihr eigener Versuch, staatstragende Partei zu werden, ein und dieselbe Bewegung. Die SPD hatte eine Programm und eine Aufgabe: die Reform des Kapitalismus. Die Massen fingen an, in Widerspruch zu diesem System zu geraten – die SPD versprach, die Bedürfnisse der Massen **innerhalb** des Systems zu befriedigen, sie versprach, die Kritik am Kapitalismus in einen Motor des Kapitalismus zu verwandeln. Die SPD wurde staatstragende Partei.

Die SPD konnte jetzt nicht mehr propagieren, sie mußte machen. Und was sie machte, ist eindeutig: kein Schimmer von Reformen, die eine wirkliche Antwort auf die von den Massen artikulierten unmittelbaren Interessen wären, kein Schimmer von mehr Gerechtigkeit, kein Schimmer von mehr Einfluß für die arbeitenden Massen, kein Schimmer von nichts. Dagegen aber: vollkommene Machtlosigkeit der SPD gegenüber der jagenden Inflation, seit Jahren Stagnation oder gar Senkung der Löhne und Gehälter auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung und jetzt in der Krise auf der einen Seite gleich ein paar unternehmerfreundliche Gesetzesänderungen und auf der anderen Seite Kurzarbeit und Entlassungen. USW. USW.! Das SPD-Rezept zur Bewältigung der Krise unterscheidet sich in nichts von dem konservativer Regierungen, wie der Gaullisten in Frankreich oder der Tories in England.

Der neue Gegner der Massen: die SPD

Die arbeitenden Massen haben der SPD zum Wahlsieg verholfen, sicher. Das war **ein** Ausdruck der Bewegung der Massen. Die Arbeiter aber haben die SPD nicht gewählt, damit sie dran ist, sondern weil sie Bedürfnisse und Interessen haben, die sie durchsetzen wollen – um nichts anderes geht es ihnen. Das zeigte sich schon 1969: wenige Wochen vor den Bundestagswahlen streikten hunderttausende von Arbeitern spontan und siegreich für mehr Lohn – sie holten sich ein bißchen von dem zurück, was in der Rationalisierungs- und Arbeitsintensivierungswelle nach der Krise aus ihnen herausgequetscht worden war, sie zeigten zum ersten Mal massenhaft, daß sie nicht mehr bereit waren, die Rechnungen der Unternehmer zu begleichen. Als die Arbeiter damals streikten, hatten sie die Sympathie und die Rückendeckung der staatsanstrebenden Arbeitnehmerpartei SPD: Helmut Schmidt sagte, man könne nicht erwarten, daß die Arbeiter die Profitexplosion bei den Unternehmern tatenlos hinnehmen, und Willy Brandt lobte die Arbeiter: sie seien selbstbewußter geworden. Durch das Vorziehen der Tarifrunde wurden die Streiks sogar nachträglich noch offiziell sanktioniert.

Das Selbstbewußtsein der Arbeiter blieb: von Tarifrunde zu Tarifrunde wurde es für die Gewerkschaft schwieriger, gegen die Basis niedrige Forderungen durchzusetzen, wurde es den Unternehmern schwerer, niedrige Abschlüsse durchzusetzen; an der Basis der Gewerkschaft bildete sich eine starke linke Fraktion; häufig kam es zu „wilden" Streiks. Und diese selbe Bewegung, die die SPD zum größten Wahlsieg ihrer Geschichte getragen hatte, machte nun in ihren Kämpfen immer klarer die Erfahrung, daß die regierende SPD nicht nur nicht half, sondern immer offener und klarer zum Gegner wurde. Die SPD, die sich als Part für die Massen präsentiert hatte, erwies sich als Partei gegen die Massen. Die SPD wollte den Beweis antreten, daß Veränderungen **innerhalb** dieses Systems möglich sind – tatsächlich hat sie das Gegenteil bewiesen: daß im Kapitalismus jede herrschende Partei gegen die Massen herrscht. Und die wichtigste Erfahrung: der Wandel der SPD von der Reform- zur Repressionspartei warf die Massen nicht in Angst und Resignation zurück – sondern im Gegenteil: die Massen haben – gegen Gewerkschafts-, Regierungs- und Polizeiknüppel – weiter für ihre Interessen gekämpft, haben die Erfahrung gemacht, daß solidarischer Kampf möglich ist. Es sind



Machtvolle Demonstration der deutschen Arbeiterklasse für Stabilitätspolitik

das keine einheitlichen, sondern vereinzelte und zum Teil noch schwache Erfahrungen, aber Erfahrungen, die sich nicht mehr auslöschen lassen. Erfahrungen, die sich weitertreiben lassen.

Die bisher wichtigste Etappe dieser Auseinandersetzungen waren die Streiks des letzten Jahres. Unternehmern und Gewerkschaften war es mit Hängen und Würgen noch einmal gelungen, mit dem 8,5 %-Abschluß das Einfrieren der Löhne und Gehälter gegen die arbeitenden Massen durchzusetzen. Nach ihrem offiziellen Ende ging die Tarifrunde aber erst richtig los: in einer nicht abbrechenden Kette von Streiks, die sich bis in den Herbst hineinzogen, versuchten sich die Arbeiter zu holen, was sie brauchten. Trotz einzelner Niederlagen war diese Streik**bewegung** ein Sieg: die Unternehmer waren gezwungen, nachträglich das Tarifergebnis zugunsten der Arbeiter zu ändern (auch in vielen Betrieben, in denen gar nicht gestreikt wurde). Die Erfahrungen der Arbeiter: es ist möglich, massenhaft und siegreich Legalismus und Tariffrieden zu durchbrechen.

Die Unternehmer versuchten jetzt mit aller Macht, die Offensive zurückzugewinnen. Nach der militanten Zerschlagung des bedeutendsten Streiks, des Ford-Streiks, die ein erstes Zeichen setzte, blieben die Unternehmer in den folgenden Auseinandersetzungen (in der Hauptsache die Saarstreiks) unnachgiebig: kein einziges Zugeständnis, kein Pfennig wurde rausgerückt. Die Bewegung der Arbeiter sollte auf den Legalismus der kommenden Tarifrunden zurückgedrängt werden, wo die Tarifparteien und nicht die Arbeiter das Sagen haben. Dabei kam den Unternehmern die Krise sehr gelegen: nicht nur die Rückkehr vom spontanen, außertariflichen zum gewerkschaftlichen, tariflichen Kampf (der ja nicht unbedingt Streik bedeutet hätte) schien möglich, sondern durch geschickte, propagandistische Ausnutzung der Krise schien es möglich, von vornherein die Erwartungen der Arbeiter an diese Tarif-

Säbelrasseln: auf der einen Seite fordern die Unternehmer Abschlüsse, die nicht über 8,5 % rausgehen, d. h. noch unter der **jetzt** zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen (der öffentliche Arbeitgeber Genscher hat das unmißverständlich erklärt) – und es ist ihnen Ernst damit. Auf der anderen Seite fordern die Gewerkschaften erheblich höhere Abschlüsse und erklären, daß die Sorge um die Stabilität nicht ihre Sorge sei – und die Arbeiter zwingen sie, das diesmal ernst zu meinen. Daß Forderungen und Angebote (erstes Angebot im Öffentlichen Dienst: 7,5 %, zweites: 9 %; erstes Metall-Angebot: 8,5 %) diesmal so weit auseinanderklaffen, zeigt, – wie vermittelt auch immer –, **daß Unternehmer und die Bewegung der Arbeiter inzwischen klar und bewußt aus einer unterschiedlichen Logik heraus argumentieren und handeln.**

Erreichten". Man wartet jetzt auf die letzte Notbremse: die Gespräche der Tarifparteien mit Willy Brandt Ende Januar.

Angesichts der Unfähigkeit aller Verhandlungsbeteiligten, diese Tarifrunden zu handhaben, kam ein erster potentieller Einigungsvorschlag zustande: eine mögliche Verkürzung der Laufzeiten. Der Vorgang geht – länger schon – von den Gewerkschaften aus, die sich davon eine bessere Manövrierfähigkeit gegenüber der widerspenstigen Basis versprechen. Die Unternehmer (ihnen voran der neue BDA-Boß Hanns-Martin Schleyer) haben diesen Vorschlag jetzt aufgegriffen: entweder Verkürzung der Laufzeiten oder jetzt eine Pauschalabzahlung und in drei Monaten neue Tarifverhandlungen oder Ähnliches. In diesen Vorschlägen drückt sich nicht – wie sie sagen – ihre Unfähigkeit, die Entwicklung der nächsten Monate zu pro-



»DIE POLIZEI, DER AUCH DIE WIRTSCHAFT ZU DANK VERPFLICHTET IST, HAT GEZEIGT, DASS SIE MIT MUT UND BESONNENHEIT IHRE AUFGABE ERFÜLLT.«

(IND.- & HANDELSKAMMER)



Tarifpartner Schleyer, Loderer
Schöne Eintracht mit den Arbeitgebern

runde auf Null herunterzuschrauben. Die Unternehmer hofften, es in dieser Tarifrunde nicht einmal mit der gewerkschaftlichen Umsetzung der Kampfbewegung der Arbeiter zu tun zu haben.

Das wichtigste am ganzen bisherigen Verlauf der Tarifrunden hauptsächlich in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst ist, daß ihnen das nicht gelungen ist und auch nicht absehbar ist, wie es ihnen gelingen konnte. Da sind erstens die gewerkschaftlichen Forderungen: Unternehmer und Regierung hatten von Krisenanfang an immer wieder verbreiten lassen, das Wirtschaftswachstum werde 74 bei Null bis zwei Prozent maximal liegen, Stabilität und Arbeitsplatzsicherheit habe jetzt den absoluten Vorrang vor einer Einkommensverbesserung – die Entscheidung, ob die Krise „bewältigt" werden könne oder nicht, liege allein bei den arbeitenden Massen. Dennoch: die Forderungen der Gewerkschaften sind relativ hoch – sie liegen zwischen 14 % und 18 %, dazu noch einige Zusatzforderungen, wie z. B. Urlaubsgeld. Zwar gelang es den Gewerkschaften, lineare Lohnforderungen, die in den vergangenen Kämpfen so entscheidend waren, diesmal zu verhindern (die Vertrauensleute von Mannesmann/Huckingen forderten eine lineare Lohnerhöhung von 300 DM), zwar konnten sich – angesichts der Krise – die hohen Ausgangsforderungen der gewerkschaftlichen Basis (die z. T. weit über 20 % lagen) nicht durchsetzen – aber die Forderungen sind dennoch so hoch, daß sie den üblichen Weg der schrittweisen Verhandlungsannäherung diesmal unmöglich machen. Die klaren Fronstellungen dieser Tarifrunden sind mehr als das übliche

Ein zweites Zeichen dafür, daß die Unternehmer diese Tarifrunden nicht im Griff haben: die Sitzung der „Konzertierten Aktion" vom 10. Januar. Immer wieder war vorher die Wichtigkeit dieses Treffens betont worden, man erwartete sich die Rückendeckung des Staates, staatlich verordnete Lohnleitlinien; niedrige Abschlüsse sollten zur SPD-staatlichen Vernunft erklärt werden. Auch das ging schief: der Staat weigerte sich, die volle Verantwortung für diesen heißen Auftrag zu übernehmen, es blieb bei lauen Empfehlungen, der Zweck von Tarifpolitik liege heute bei der „Absicherung des

gnostizieren, aus – sondern ihre politische Unfähigkeit und Unmöglichkeit, dem Kampf der Arbeiter wirkungsvoll zu begegnen. Es ist ihnen inzwischen klar, daß auch der radikale gewerkschaftliche Kampf in den Tarifrunden kein Garant mehr dafür ist, daß es auch in der Zeit danach ruhig bleibt. So zielen ihre Vorschläge darauf ab, das legale Instrument der Tarifverhandlungen allgegenwärtig zu machen: den Gewerkschaften ihre Funktion wiederzugeben und die Arbeiter für das ganze Jahr auf die Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes, der viel leichter bezähmbar ist als der spontane, zurückzuwerfen.

Am Beispiel Frankfurt:

Ein Kapitel innergewerkschaftlicher Demokratie

Was die Post-Kollegen in Frankfurt forderten – und was die höheren Gewerkschaftsgremien jeweils daraus machten:

In allen Diskussionen stellten die Frankfurter Mitglieder eines klar: „. . . wir wollen keine reinen Prozente, bei denen die niedrigeren Einkommen schlechter abschneiden!" So kamen folgende lineare Forderungen zusammen:

PA 1	300 DM für alle
PA 2	300 DM für alle
FA 1	280 DM für alle
FA 2	300 DM für alle
FA 3	300 DM für alle
FA Taunus	300 DM für alle
PA 4	150 DM für alle (netto)

Nur drei Ämter stellten gemischte Forderungen – linear und prozentual – auf.

Am 12. 11. 1973 wurden auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung nach dreistündiger Diskussion folgende Forderungen verabschiedet:

300 DM	für alle
100 DM	Kindergeld (z. Zt. 50 DM)
1 000 DM	Urlaubsgeld + 200 DM pro Kind

Daneben noch mehrere andere Forderungen, z. B. Verringerung der Laufzeit der Tarifverträge und 6 Wochen Erholungsurlaub.

Der erste Streich:

Am 13. November werden diese Forderungen von den „Arbeiter- und Angestelltenausschüssen" der Bezirksverwaltung „korrigiert", nach einem Referat über Ölkrise etc.; was an Forderungen herauskommt:

– 15 %, mind. aber 240 DM

Der zweite Streich:

Der Bezirksvorstand „korrigiert" dann am 16. 11. 1973 abermals:

– 8 % + 180 DM für alle

Der dritte Streich:

Der Hauptvorstand der DPG entscheidet sich am 28. 11. 1973 noch ein bißchen bescheidener:

– 15 %, mind. aber 185 DM

– 300 DM Urlaubsgeld + 50 DM für jedes Kind.

(zusammengestellt aus: Postler-Info Nr. 5, Frankfurt)

Gelingt es den Unternehmern nicht, die Taktik der Verschiebung durchzusetzen, dann laufen beide Tarifrunden – im Öffentlichen Dienst wie in der Metallverarbeitung – mit Notwendigkeit auf gewerkschaftliche Streiks hinaus. Das zeigten die ersten Warnstreiks im Öffentlichen Dienst (Frankfurt, Darmstadt, Stuttgart, Dortmund und immer mehr Städte). Und das zeigt noch deutlicher die Streikvorbereitung in vielen Metallbetrieben, wo – z. B. in mehreren Metallbetrieben Frankfurts – jetzt schon Streikkomitees gebildet wurden. Oder: für Hessen – bisher nicht gerade der traditionell kampfstärkste Bezirk – gibt es einen Vertrauensleutebeschluß, daß bei jedem Abschluß unter 13 % gestreikt wird.

So eindeutig sich auch in diesen Tarifrunden eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen ausdrückt – Grund zum Triumphieren gibt es nicht. Denn je klarer sich die Arbeiter in ihren noch vereinzelten Kämpfen um ihre unmittelbaren Lebensinteressen artikulieren und damit zwangsweise in Widerspruch zur regierenden SPD geraten, desto stärker wird die Repression gegen sie werden. Das zeigten schon die Streiks des letzten Jahres: die Arbeiter waren in der Lage, durch spontane Streiks massenhaft Lohnerhöhungen zu erkämpfen – wo sich aber die betrieblichen und polizeilichen Repressionsorgane massiert entgegenstellten (z. B. John Deere, Ford; auf einer anderen Ebene der Streik der Saarkumpel), da waren die Arbeiter in ihren spontanen Organisationsformen nicht in der Lage, dem Angriff standzuhalten. Und das wird in Zukunft nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein: ein Gegner, der sich nicht im ersten Angriff überrumpeln läßt, der es schnell lernen wird, gezielt und koordiniert mit der ganzen Skala der Repressionsinstrumente umzugehen. Deswegen ist diese Tarifrunde eine Situation, die für die Form der zukünftigen Kämpfe der Arbeiter untypisch ist: hier haben diesmal die Arbeiter die Rückendeckung der Gewerkschaften; auch wenn die Unternehmer heute so hart wie nie zuvor gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften Propaganda machen – Tarifrunden sind gesetzlich sanktioniert, da darf gefordert, da darf sogar gewerkschaftlich gekämpft werden. Die Kampfformen dieser Tarifrunden werden weithin die traditionellen sein: Warnstreiks und Urabstimmungsstreiks.



Der glatzköpfige Herr auf der linken Seite heißt Hans Wertz. Er ist viererlei: Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, dann Mitglied der Arbeitgeber-Verhandlungskommission im Öffentlichen Dienst, dann SPD-Genosse und dann noch selber Mitglied der ÖTV. Der „Frankfurter Rundschau" (22. 1. 1974) sagte der Genosse Wertz auf die Frage, ob es der ÖTV mit ihren Streikdrohungen ernst sei: „Klappern gehört zum Handwerk. Im öffentlichen Dienst ist seit einem Vierteljahrhundert nicht gestreikt worden. Sollte es diesmal zu einer erstlichen Streikandrohung kommen, würden die Arbeitgeber mit angemessenen Mitteln darauf reagieren und den Gewerkschaften nachhaltig ihre schwere Verantwortung klarmachen." – Rechts neben Wertz: Genscher und der ÖTV-Boß Kluncker.

su. **Berlin** (Eigener Bericht)
Mit einem spontanen Streik haben Mitarbeiter der Westberliner Verkehrsbetriebe (BVG) am Donnerstag zwischen vier und sechs Uhr früh den Berufsverkehr in Bussen und U-Bahnen lahmgelegt. Sie protestierten damit gegen das Tarifangebot der öffentlichen Arbeitgeber, das Lohnerhöhungen von 9 Prozent vorsieht und von den Streikenden als „unverfroren niedrig" bezeichnet wurde.

Wie in Bonn inzwischen verlautete, ist die Bundesregierung entschlossen, selbst bei Gefahr von Kampfmaßnahmen nicht mehr als neun Prozent Lohn- und Gehaltszuwachs zuzulassen.

Düsseldorf (ddp)
Rund 100 Postbedienstete, zumeist Briefzusteller, haben am Dienstagmorgen für zehn Minuten auf dem Konrad-Adenauer-Platz, dem Vorplatz des Düsseldorfer Hauptbahnhofs den gesamten Verkehr lahmgelegt. Die Postbediensteten setzten sich auf die Schienen der Straßenbahn und legten ihre Fahrräder, Mopeds und Tragetaschen auf die Straße. Die Postler wollten mit ihrer Aktion auf die Lohnforderungen ihrer Gewerkschaften hinweisen. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die Verhandlungen hatten am Nachmittag unter erheblichen Spannungen begonnen. Vor dem Verhandlungsort hatten sich rund 800 Demonstranten versammelt. Bundesminister Genscher wurde mit dem Sprechchor: „Genscher heißt er, uns bescheißt er" begrüßt. Die Reaktion des beleidigten Ministers war vor den Verhandlungskommissionen, daß solche Demonstrationen ein „Hohn für die Tarifautonomie" seien.

rv br **Frankfurt/Dortmund, 24. 1.** Der Tarifkonflikt wird immer schärfer. In Dortmund demonstrierten 10 000 Arbeitnehmer von Post, Bahn und anderen öffentlichen Betrieben gegen das Neun-Prozent-Angebot von Bund, Ländern und Gemeinden. „ÖTV, Eisenbahn und Post braten Genscher auf dem Rost", riefen sie in Sprechchören.
In Kiel demonstrierten 500 Postbedienstete

HANDELSBLATT, Samstag, 26. 1.

M. FRANKFURT. „Auch nur die Erfüllung eines Bruchteils der IG Metall-Forderungen könnte zum Untergang des größten deutschen Industrieunternehmens führen. Unsere Unternehmer haben zu wenig Zivilcourage. Der Vorstand des Volkswagenwerkes jedenfalls wird diesmal äußerst hart kämpfen, notfalls bis zu einem unerbittlichen Streik. Jetzt ist endgültig Schluß. Die Gewerkschaften sind letztmalig zur Vernunft aufgerufen. Sie bedrohen überdies den Bestand der Tarifautonomie. Wenn die Arbeitgeber solche irren Forderungen akzeptieren, dann geht alles zum Teufel, was seit dem Kriege geschafft wurde. Es brennt mir auf der Seele, dies in aller Deutlichkeit und in größtem Verantwortungsbewußtsein für 110 000 Arbeitsplätze meines Unternehmens festzustellen."

So formulierte VW-Vorstandsvorsitzender Leiding vor dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten seine Sorge um die künftige Lohn- und sonstige Kostenentwicklung.



● Regierungssprecher Armin Grünewald erklärte in der letzten Woche demonstrativ, im Kabinett herrsche Einigkeit darüber, daß die Ölpreissteigerungen von allen Bürgern zu tragen seien und nicht für Lohnforderungen geltend gemacht werden könnten. Das hieße angesichts der zu erwartenden Steigerung von Verbraucher- und Ölpreisen etwa eine Lohnmarge von 7% ..., um die Realeinkommen zu sichern. Vor allem Bundesfinanzminister Helmut Schmidt soll ein Anhänger dieser These sein.

Die Offensive der Unternehmer: Repression

Kämpfe nach dieser Tarifrunde werden härter sein. Die organisierte Gewerkschaftslinke der Basis wird nicht mehr, wie bisher, ohne weiteres ein Kristallisationspunkt dieser Kämpfe sein. Denn das, was dieser Bewegung ihre Stärke verliehen hat, das ist vorbei: daß es bisher möglich war, den gewerkschaftlichen und staatlichen Reformismus bei seinem ständigen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität zu packen,



daß es möglich war, Streiks als halblegale Korrekturmaßnahmen reformistischer Politik zu verstehen. Das ist vorbei: wer heute – egal wo – kämpft, stellt sich in offenen Widerspruch zu allen Machtorganen dieses Staates – er wird immer deutlicher damit konfrontiert, daß sein Kampf **illegal** ist. Das wird den Kampf der Arbeiter nicht stoppen, es wird ihm aber andere Bedingungen setzen. Linke betriebliche Organe, wie Vertrauensleutekörper und teilweise auch Betriebsrat, werden ihre Bedeutung nicht verlieren – nur: wenn sie auch in den kommenden Auseinandersetzungen noch eine vorantreibende Rolle spielen wollen, wird es darauf ankommen, daß ihre Arbeit nicht auf einer extrem linken Auslegung ihrer **gewerkschaftlich** und **gesetzlich** festgelegten Funktionen fußt. Mit anderen Worten: es wird darauf ankommen, daß stärker als bisher selbständige betriebliche Organe der Arbeiter entstehen; Organe, deren inhaltliche politische Richtung nicht von der Linksaußen-Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft, **sondern von den Inhalten und Kampfformen der fortgeschrittensten Kämpfe des letzten Jahres bestimmt ist**. Das heißt: diese Organe müssen an den Kämpfen des letzten Jahres anknüpfen, in denen sich am entschlossensten und wesentlich von den Ausländern getragen autonome Kampf- und Organisationsformen herausgebildet haben. Diese Organe müssen also multinational sein. Die erste Auseinandersetzung, die sich den Arbeitern dabei stellt, hat schon begonnen: die Kampagne von Unternehmern und Regierung zur Verringerung der Zahl der Ausländer in der BRD; das Kapital will die Krise dazu benutzen, die deutsche Arbeiterklasse von ihrem kämpferischsten Teil zu „säubern": praktisch, d. h. in Form von Abschiebungen, Nichtverlängern der Arbeitsverträge usw. ist diese Kampagne noch in ihren Anfängen – propagandistisch, d. h. in Form von Ausländerhetze und Spaltung, ist sie – seit dem Ford-Streik – schon sehr weit. Die betrieblichen und überbetrieblichen Organe der Arbeiter werden vor der Aufgabe stehen, dieser Kampagne entgegenzutreten: klarzumachen (und zwar nicht nur propagan-

(Forts. Seite 5)

Durch einen spontanen Warnstreik von rund 200 Omnibus- und Straßenbahnfahrern wurde heute morgen in Braunschweig der Berufsverkehr lahmgelegt. Anlaß für die Protestaktion ist das nach Ansicht der Fahrer unbefriedigende Tarifangebot des Bundesinnenministers vom Vortag.

Auch in Flensburg blockierte das Fahrpersonal der Verkehrsbetriebe der Flensburger Stadtwerke heute morgen zwei Stunden lang den Berufsverkehr.

Papa Willy Brandt ans Volk:

„Unmißverständlich gesagt: das Jahr 1974 kann kein Jahr wesentlicher realer Einkommensverbesserungen sein. In der jetzigen wirtschaftlichen Lage sollte Klarheit darüber bestehen, daß eine Absicherung der Realeinkommen auf dem erreichten hohen Niveau kein Rückschritt ist. Und ich meine, daß in einer Zeit, in der Arbeitnehmer in Industrie und Handel sich um ihre Arbeitsplätze sorgen, für diese Erkenntnis gerade bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes Verständnis vorhanden sein sollte. Ich habe viel Achtung vor den Arbeitern, Angestellten und Beamten, gerade auch den kleineren, die in unserer Gesellschaft für den Staat arbeiten. Ich rechne auf Ihre Vernunft."



Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Jacobi, glaubt denn auch, daß im öffentlichen Dienst wieder eine Tariflaufzeit von zwölf Monaten vereinbart wird. Wie er gegenüber WELT am SONNTAG ...

ARBEITSEINSTELLUNG BEI DER LUFTPOSTLEITSTELLE AUF DEM FLUGHAFEN

7,5 %: unerhört, ungenügend, unsozial, unzumutbar, ein Hohn. Das ist die Meinung der Kolleginnen und Kollegen bei der **Luftpostleitstelle in Frankfurt** zum Regierungsangebot. Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Die Arbeiter in der Metallindustrie und bei der Müllabfuhr in Hannover haben uns im Sommer 1973 gezeigt, was man tun muß.

Und dann waren plötzlich die Flugblätter da: Protestversammlung am 10. 1. 1974 am Hauptbahnhof; und wir sitzen hier am Flughafen. Einige wollen sofort dort hinfahren. Aber wie? Warum stellt uns die Ortsverwaltung keinen Bus? In der Diskussion über Lautsprecher: „Wir machen Pause!"

Erste Ansätze einer gemeinsamen Diskussion im Aufenthaltsraum. Und dann sagt der Aufsichtsbeamte das Ende der Pause an. Aber keiner kehrt zum Arbeitsplatz zurück. Die Diskussion geht weiter, wird lebhafter. Es wird über Kampfmaßnahmen gesprochen.

Inzwischen haben andere Kolleginnen und Kollegen gemerkt, daß viele nicht an ihren Arbeitsplätzen sind und kommen zu uns. Auch als Stellenvorsteher und Abteilungsleiter erscheinen, wird weiter diskutiert und beraten. Wir sind uns jetzt darüber klar, daß wir bewußt die Arbeit verweigern. Schließlich verabschieden wir einstimmig eine Resolution.

Die Kernpunkte dieser Resolution sind: mind. 185,– DM und 300,– DM Urlaubsgeld für alle und Urabstimmung, wenn ein neues Angebot von unseren Vorstellungen abweicht.

45 Minuten nach der Pause kehren wir an unsere Arbeitsplätze zurück; bereit, auch weiterhin für unsere Forderungen einzutreten und sie durchzusetzen. [aus: Postler-Info Nr. 5, Frankfurt]

distisch), daß hier die Kampfkraft der **ganzen** Arbeiterklasse der BRD getroffen werden soll, daß die Antwort nicht sein kann: Ausländerhaß und Angst um den Arbeitsplatz, sondern eine neue Offensive in den Fabriken, die sich richtet gegen die Krisenoffensive der Unternehmer: gegen Inflation, Arbeitsintensivierung, gegen Umstrukturierungsmaßnahmen und daraus entstehende Spaltung.

Der Spontaneismus hinkt hinter den Kämpfen der Massen her!

Diese Entwicklung stellt auch die linksradikalen Gruppen, die mit den Betrieben etwas zu tun haben, vor neue Aufgaben. Bisher hatten diese Gruppen im wesentlichen eine agitatorische Funktion: kontinuierlich trugen sie so zur Radikalisierung des politischen Klimas in den Betrieben bei und hatten hier eine wichtige Bedeutung. Auf der Ebene praktischer Entscheidungen und Initiativen aber hatten sie so gut wie keinen Einfluß – das blieb Domäne der angestammten oder neu entstandenen betrieblichen Avantgarden, die sich jeden von außen kommenden Einfluß verbaten. Das war in der Zeit der Entstehung erster Arbeiterinitiativen nicht besonders schlimm, denn beides ergänzte sich: die Linksradikalen hatten eine ideologische, aufklärende Funktion, waren zuweilen vielleicht sogar das Salz – auf der anderen Seite gab es, mit beeinflußt von den Aktivitäten der Linksradikalen, die praktische Bewegung der Arbeiter, die in den spontanen Kämpfen ihre ersten Erfolge gegen einen unvorbereiteten und noch nicht gerüsteten Gegner durchsetzen konnte. Diese Phase ist nach den Streiks des letzten Jahres vorbei, und die Arbeiter wissen das. Die Bewegung der Arbeiter hat heute ihre eigene Dynamik und Kraft, sie wird durch die Repression nicht zu stoppen sein – daß sich die Bewegung der Arbeiter aber heute einer geschlossenen Front von Unternehmern, SPD und Staat gegenübersieht, stellt ihr neue Fragen: die Frage der Organisierung, die Frage neuer Kampfformen, die Frage nach einer politischen Strategie, die es vermag, zwischen den vielen zerstreuten Ansätzen, die alle das gleiche meinen, eine inhaltliche und auch organisatorische Verbindung herzustellen. Es sind das alles Fragen, die nicht von außen gestellt werden (wie es jahrelang die zahllosen Parteien taten), sondern Fragen, die sich heute praktisch aus der Bewegung heraus stellen. Gruppen, die heute an diesen Problemen weiter vorbeiagitieren, liegen schief.

Das sind keine Fragen, die es verlangen, daß wir dazu ein Rezept entwickeln. Und es sind erst recht keine Fragen, die den arbeitsteiligen Zweig der „Betriebsgruppen" betreffen: es sind Fragen, die die gesamte revolutionäre Linke, ob sie nun im Betrieb arbeitet oder nicht, angehen. Denn immer deutlicher stellt sich die Frage der politischen Linie, die Frage der Repression, die Frage der ersten Versuche von Vereinheitlichung **als gemeinsame Frage aller, die kämpfen**: der gemeinsame Gegner wird deutlicher, die gemeinsamen Inhalte werden deutlicher – wir stehen nicht mehr vor dem Problem, von außen etwas **für** die Arbeiter entwickeln zu wollen, wir stehen vor dem Problem des gemeinsamen Kampfes und einer gemeinsamen Strategie. Von daher – und nicht vom Betrieb X, der Abteilung Y oder dem Mietstreikhaus Z her – müssen wir unsere Arbeit zu bestimmen versuchen. Das klingt groß – und ist zumindest auch größer als das, was wir bisher versucht haben: denn die Zeiten sind vorbei, in denen die spontaneistischen Gruppen ihre Arbeit ungeschadet und ziemlich geschichtslos aus ihren eigenen Bewegungsgesetzen und Bedürfnissen heraus bestimmen und weitermachen konnten – der Klassenkampf in der Bundesrepublik ist heute nicht mehr Wunschtraum oder Exotikum, das für uns selber kaum vorstellbar ist, sondern Realität: noch schwach und zersplittert, aber Realität. Auf diese Realität müssen wir uns einstellen.

Das bedeutet nicht Abkehr von den Inhalten unserer Politik, das bedeutet aber Abkehr von der spontaneistischen Ideologie, die alles aus dem konkreten Konflikt und dem konkreten Bedürfnis enntwickelt sehen will, der die Frage der Organisierung und der Strategie ein orthodoxes und massenfeindliches Greuel ist. Der Revolutionär, der heute nicht mehr als das Wort „Spontaneität der Massen" im Kopf hat, rennt hinter der Bewegung der Massen und den Fragen, die sich ihr praktisch stellen, hinterher.

Revolutionärer Kampf



Lügen haben kurze Beine

Das Hochste, was in dieser Tarifrunde drin sei: ein Ausgleich für die Preissteigerungen – so Innenminister Genscher. Und wie hoch sind die? 7,8 % im letzten Jahr – so tont seit Wochen die Bande der „Sachverstandigen" und Wirtschaftsjournalisten. Manchmal aber entschlupft diesen Lugnern dann aber doch ein wahres Wort. Beispiel: „Süddeutsche Zeitung" vom 25. 1. 1974. Dort wird bei der Berechnung der Preissteigerungen die Verteuerung des Heizols in den letzten Monaten mit einbezogen – uns so kommt man plotzlich zu ganz anderen Zahlen:

Bei dieser Gewichtung beträgt die Indexsteigerung nicht mehr 7,8 % sondern 13 %. Das heißt – für Millionen Heizölverbraucher sind die Lebenshaltungskosten von Dezember 1972 auf Dezember 1973 nicht nur um 7,8 %, sondern um 13 % gestiegen.

Und dann sagt der Schreiber des Artikels gleich nochmal die Wahrheit – die Wahrheit daruber, was Unternehmer und Regierung in dieser Tarifrundedurchsetzen wollen, sich aber nur nicht zu sagen trauen:

So bleibt die Einsicht, daß sich die Bundesbürger in diesem Jahr nicht nur mit einer Stagnation, sondern mit einem Rückgang ihres realen Einkommens werden abfinden mu'sen.

Und derselbe 25. Januar brachte auch noch eine dritte Wahrheit – die Wahrheit über die Gewinne der „krisenbedrohten" Olkonzerne (Handelsblatt):

Egl. WASHINGTON. Exxon Corporation, die größte der internationalen Ölgesellschaften – und hinter General Motors der zweitgrößte Weltkonzern – verdiente 1973 nicht weniger als 59 % mehr als im Jahr zuvor. Der Weltkonzern legt damit für das abgelaufene Jahr einen Reingewinn von 2.44 Milliarden Dollar vor oder 10.89 Dollar die Aktie (Vorjahr 1.53 Mrd. Dollar oder 6.83 Dollar). Trotz Ölembargo und gedrosselter Produktion im letzten Quartal expandierten die geschätzten Konzernumsätze um 27 % auf 28.5 Mrd. Dollar (Vorjahr 22.44 Mrd. Dollar) in 1973.

Auch die anderen Olkonzerne melden in den nächsten Tagen ihre Gewinne fur das letzte Vorjahresquartal. Auch sie werden Zahlen vorlegen, die alle bisherigen Rekorde brechen.

ALLE IN EINEM BOOT?





DIE EINHEIT VON REFORM UND TERROR

Gelegentlich ist die Versuchung groß, das Verhalten der lokalen Statthalter des Kapitals nur noch als mehr oder weniger verrückt zu erklären. An zwei Punkten mußte Kriegsherr Müller in den letzten Tagen zugeben, daß er (im Moment) nicht weiter weiß: eine Demonstration gegen das Verbot des Kongresses der iranischen Studentenföderation CISNU wurde angegriffen. Die zweite Demonstration lief dann so ab, daß organisierte Gruppen erst auf der Zeil, dann an der Peripherie des Bullenkessels demonstrierten, gleichzeitig auf der Zeil immer wieder Sprechchöre aufkamen. Hätte nicht eine Gruppe die Erfahrungen der letzten Monate ignoriert und sich zu einem Zeitpunkt noch einmal gesammelt, als die Einkaufszeit sich ihrem Ende näherte und verabredet war, zusammen mit den Einkäufern die Innenstadt zu verlassen, wären die Bullen perfekt gefoppt und nicht am Schluß noch eine Prügelei möglich gewesen. Und an diesem Samstag ging es nur darum, die Demonstration, möglichst mit List, durchzusetzen. Aber auch so mußte Polizeipräsident Müller vor der Presse überlegen, ob Demonstrationsverbote in der Innenstadt noch sinnvoll sind.

Wäre die erste CISNU-Demonstration nicht angegriffen worden, hätte eine zweite kaum stattgefunden. Das konnte sich auch Müller denken und dennoch eskalierte er den Konflikt.

Ähnliches kann man von der Auseinandersetzung an der Universität um das Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaften, Engels, sagen, der in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Einführungsvorlesung seitenlang aus der Bibel vorlas: der Versuch, die Forderung nach Diskussion in der Vorlesung durch Bullenterror und Abriegelung des Hörsaals abzuwürgen, führte dazu, daß die Vorlesung dann von innen gesprengt wurde. Und auch da überlegen die Herren wieder, was sie eigentlich machen können, wenn nur Studenten mit den vorgeschriebenen Fachausweisen in den Hörsaal gelassen werden und die Vorlesung trotzdem nicht stattfinden kann. Auch hier ging die Bulleneskalation perfekt nach hinten los.

DER TERROR

Selbstverständlich sind Müller, Arndt und Genossen damit nicht mit ihrem Latein am Ende. Unipräsident Kantzenbach (SPD)



bringt ein neues Ordnungsrecht und Zwangsgelder von einigen tausend DM gegen „Störer" ins Gespräch und bei Demonstrationen muß mit zweierlei gerechnet werden: mit verstärktem Gewalteinsatz der Bullen und mit U-Haft. Für letzteres ist Uli Kranzusch das bekannteste Beispiel. Über die erste Methode schüttelte kürzlich sogar ein Staatsanwalt voll Bedenken das Haupt, der meinte, allmählich werde die Rechtsordnung untergraben, denn in den letzten Demonstrationen habe es kaum noch Festnahmen zur Feststellung der Personalien für Anklagen und auch von unserer Seite keine Anzeigen gegeben, sondern beide Seiten würden Selbstjustiz üben.

Dennoch wäre es eine arge Vereinfachung, die verschiedenen SPD-Strategen der Gewalt schlicht als verrückt anzusehen, auch wenn sie sich gelegentlich in die Nesseln setzen. Erstens gibt es inhaltliche Gründe für die Bullenangriffe, zweitens ist die Eskalation der Gewalt ein klares taktisches Kalkül der Reformisten.

KÖNNEN SIE IHREN FRIEDEN DURCHSETZEN?

Der erste Punkt ist am deutlichsten geworden bei der zweiten CISNU-Demonstration. Das Auswärtige Amt mischte sich direkt ein und sorgte dafür, daß diese Demonstration ebenso wie die erste verboten wurde. Die „drohende Gefahr von Gewalttätigkeit", die auch als Grund für das Verbot herangezogen wurde, ist demgegenüber untergeordnet. Unklar ist, ob das AA auch schon mit dem Verbot der ersten Demonstration zu tun hatte. Klar ist jedoch, daß es an der **deutschen** Grenze war, an der Delegierte zum CISNU-Kongreß zurückgehalten wurden, was erst zu der ersten Demonstration führte, und das hat sicher nicht ein Grenzbeamter aus einer Laune heraus entschieden. Ebenso bekannt ist, daß Brandt vor ein paar Monaten bei seinem Besuch in Persien nicht bloß über Geschäfte sprach, sondern der iranischen Potentatenmaske Reza Schah Pahlawi (dahinter steckt ein kluger Kopf) auch die Bekämpfung der persischen Opposition in der Bundesrepublik versprach (schon seit der Regierungszeit der CDU arbeitet der persische Geheimdienst SAVAK ungehindert in der Bundesrepublik. Diese schöne Tradition mochten die neuen SPD-Herren nicht brechen).

der Revolte der letzten Jahre; deshalb wurden den Ausschlüsse auf wachsenden Widerstand stoßen und nicht gerade einfach zu handhaben sein (in Frankfurt hatte immerhin der Vorstand der Jusos zur zweiten CISNU-Demonstration mit aufgerufen, nicht bloß einige Mitglieder einfach teilgenommen).

BEREIT, VERANTWORTUNG ZU TRAGEN

Andererseits aber trägt die SPD immer mehr Verantwortung. Und nicht mehr bloß im Geist, wie in den langen Jahren der Opposition vor der Großen Notstandskoalition, sondern auf den Schultern. Staatsbürgerliche Verantwortung. Verantwortung für das Ganze. Kurz: für dich und mich. Da sind Außenhandelsinteressen schon wichtiger als die Unterdrückung und Ausbeutung des persischen Volkes, da sind Ausbeutung und Unterdrückung sogar Voraussetzung für diese Form von Außenhandel. Und diese Unterdrückung besteht nicht nur in (durchschnittlich) einem politischen Todesurteil pro Woche und den alltäglichen Foltern und Morden, sondern in einem Anteil von Analphabeten an der Bevölkerung von etwa 90 %, in den Riesengewinnen, die ausländische Investoren aus dem persischen Volk herausschlagen, in der Errichtung von Prachtbauten für Milliardensummen, die der Schah und seine jeweilige Gebärerin eines Nachfolgers ja auch nicht mit geigenen Händen errichten.

Eine SPD, die die schwere Verantwortung für das ganze freie Deutschland, insbesondere für unsere deutsche Wirtschaft zu tragen hat, muß schon über ein paar Noskes verfügen können. Für die SPD-Genossen wird da der Ausdruck „faschistisches Schah-Regime" zur „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" (daß dieses Haupt durch einen Putsch zur Macht kam, den der CIA durchführte, während es selber für diese Zeit vorsichtshalber, für den Fall des Mißlingens, in die Schweiz geflohen war, und sich nur durch Mord und Folter an der Regierung hält, vergißt unter der Drohung der Ölkrise und auf Weisung des Außenministeriums auch die liberale Frankfurter Rundschau, die sonst gelegentlich über den Terror im Iran und den Terror des persischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik berichtet).



Wer über den Iran was lesen will, dem kann noch immer Bahman Nirumands Persienbuch bei Rowohlt-aktuell empfohlen werden. Wer sich für die Zusammenarbeit der SPD-Regierung mit sämtlichen faschistischen Regierungen, insbesondere der persischen, portugiesischen, griechischen und spanischen interessiert, dem werden die FAZ und der Stern aufschlußreiche Details liefern, insbesondere was die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Ausrüstung der dortigen Machthaber mit Handfeuerwaffen angeht, die sie im täglichen Kampf gegen die Bevölkerung verwenden.

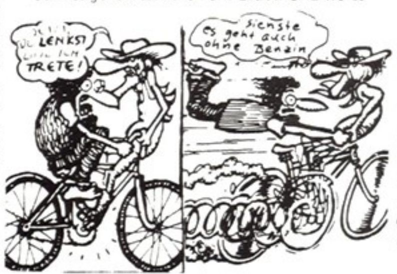
Mit deutschen Präzisionswaffen in der Hand wird dort die gesellschaftliche Alternative gestellt: entweder die jeweiligen faschistischen Regierungen unterstützen oder zumindest tolerieren, oder aber das Risiko von Gefängnis, Folter, Tod eingehen. Im Prinzip unterscheidet sich diese Fragestellung nicht von der, vor der wir im freien Teil Deutschlands stehen. Nur wird von der reformistischen SPD stärker und besser als von der CDU versucht, diese klare Fragestellung zu verwischen, indem wir wählen dürfen zwischen Polizeiknüppeln, Gefängnis und Folter (Tote sind noch die Ausnahme) und dem Glauben an Reformen, die Berge von Papier füllen und aus der anarchischen, von der CUD bekannten Ausbeutung und Unterdrückung eine geordnete, vom SPD-Staat organisierte Ausbeutung und Unterdrückung machen.

Im Mai 1961 zitierte Newsweek Hubert Humphrey, den späteren US-Vizepräsidenten: „Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei dank der US-Hilfe gut in Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee bereitet sich nicht darauf vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie bereitet sich vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen." Damit daraus kein Mißverständnis entsteht: zwar wurde diese Armee bisher nur gegen das eigene Volk eingesetzt, aber sie ist durchaus so gut ausgerüstet und trainiert, daß sie auch gegen Volksbewegungen in anderen Ländern des Nahen Ostens eingesetzt werden kann, wenn es nötig ist.

Konnten noch vor einigen Jahren nur aus Berlins rechtsextremer SPD Mitglieder wegen Bündnissen mit Kommunisten (d. h. Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration) ausgeschlossen werden, so steht die Staatspartei inzwischen vor größeren Schwierigkeiten, insbesondere da, wo ihre ‚linken' Mitglieder die Verantwortung für politische Maßnahmen nicht einem FDP-Innen- oder Wirschaftsminister zuschieben können, um sich selber das Mäntelchen dessen umzuhängen, der gerne anders möchte, aber von einem FDP-Mann gebremst wird. Einerseits wollen die ‚Linken' in der SPD durchaus endlich die Früchte jahrelangen Erduldens von Wehners Fraktionspeitsche und Willys pfäffischen Predigten sehen, nachdem die Partei fest an der Regierung ist, und außerdem sind die heutigen Jusos auch Produkt

DIE FREIE WIRTSCHAFT

Nicht zu vergessen, es geht auch nicht um **irgendwelche** Handelsbeziehungen, sondern es geht wesentlich um **Erdöl**. Und wo es

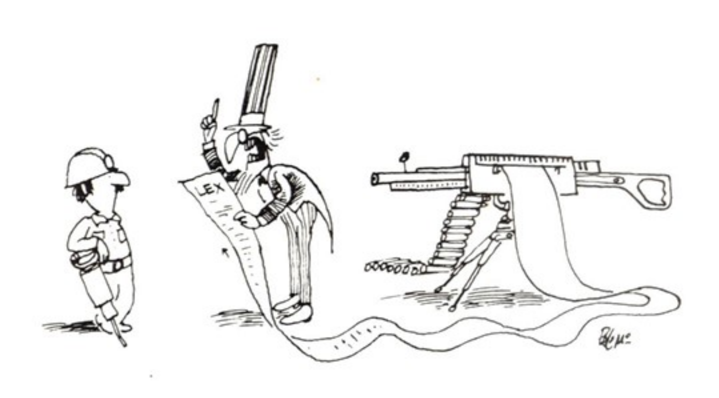


um Öl geht, da geht es um einige riesige multinationale Konzerne, die sich, wie die letzten Monate zeigten, weder von Willy Brandt noch von seinem Wirtschaftsminister in die Karten gucken lassen. Da ist bloß eines klar: sie sind wesentlicher Bestandteil unserer freien Wirtschaft und als solche direkte Vorgesetzte unserer sozialdemokratischen Genossen.





persische Panzer



FREIWILLIGE UNTERWERFUNG ODER UNTERDRÜCKUNG

Die Aufgabe der SPD ist nicht einfach, mit ideologischen Mätzchen und der Bestechung von ein paar Funktionären mit Anhang die Massen an den kapitalistischen Staat zu binden und gleichzeitig eine bestimmte keynesianische Wirtschaftspolitik und -planung durchzusetzen. Die Aufgabe der SPD ist ganz klar, mit brutalsten Gewaltmaßnahmen die gesellschaftliche Alternatiwe zu formulieren: Unterwerfung oder Unterdrückung.

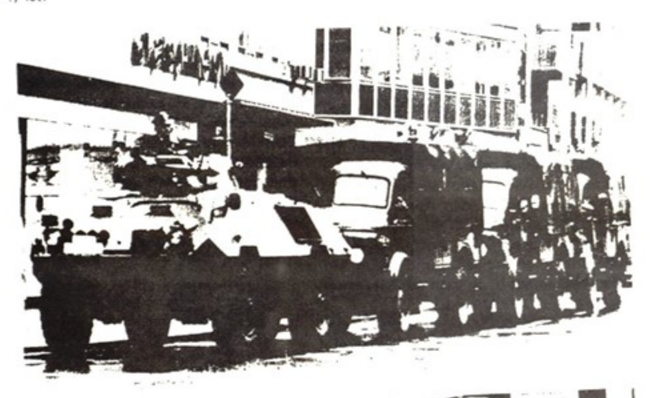
Diese Alternative durchzusetzen ist die SPD besonders deswegen geeignet, weil sie über einen linken Flügel verfügt, dessen subjektive Ehrlichkeit und Gutwilligkeit (soweit vorhanden) die Hoffnung nahelegt, daß aus den Reformen doch noch was wird (daß die Agitation dieses linken Flügels sich auch gegen die SPD-Politik richtet insofern, als er richtige Erwartungen verstärkt und Hoffnungen auf ihre Erfüllung weckt, dürfen wir nicht vergessen).

Die psychologisch wichtige Seite dieser Taktik ist es natürlich, soviel Angst zu erzeugen, daß Pazifismus als höchste Widerstandsform erscheint, die Organisationsfähigkeit auf etwa die Jusos oder die DKP als äußerste Linksaußen der politischen Möglichkeiten beschränkt wird. Der Versuch ist ganz einfach, die Angst vor Geld- und Haftstrafen, vor Polizeiknüppeln so zu verstärken, daß sie den Kampf um die Realisierung menschlicher Bedürfnisse unmöglich macht. Zwischen der Angst, in den Knast zu wandern, und der Angst, seine Bedürfnisse aufzugeben, sollen die Bullen Entscheidungshilfe leisten.

DIE REFORMISTEN IN AKTION

Konnte man vielleicht bisher noch Illusionen haben, daß sich die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer im Falle eines offenen Konflikts, wenn die, die sie angeblich vertreten, unmißverständlich Stellung beziehen, sich doch noch auf deren Seite schlagen, müßten spätestens seit dem Ford-Streik diese Illusionen beseitigt sein. Dieser Streik ist nicht einfach deswegen wichtig und wird nicht deswegen immer wieder diskutiert, wie manche Genossen meinen, weil es dort Putz gab und wir das schön finden, oder weil wir an die Bullen fixiert sind. Dieser Streik ist deswegen wichtig, weil er die bisher zugespitzteste Form der Klassenauseinandersetzung der letzten Jahre war und am deutlichsten die **praktische** Stellungnahme der verschiedensten Gruppen zu erkennen gab. Und dieser Streik hat nochmal gezeigt, daß die Mitbestimmung über die Ausbeutung, daß die These, erst müsse die Wirtschaft (d. h. die Ausbeutung) funktionieren, dann werde für die Arbeiter schon was abfallen, daß letztlich die Regierung eines kapitalistischen Staates durch Sozialdemokraten diesen keinen Spielraum zum Manövrieren laßt. Daß ein Betriebsrat für seinen vorbildlichen körperlichen Einsatz beim Niederknüppeln eines Streiks von der Geschäftsleitung gelobt wird, wird sich als die Regel, nicht als die Ausnahme erweisen.

Eines der Produkte des linken SPD-Flügels in Frankfurt, der teilweise aus Leuten besteht, die schon immer linke Ideen hatten, sie aber erst aufgrund einer sichtbaren Massenbewegung, dem Häuserkampf, als politische Reformstrategien formulieren konnten, ist das Windei Sozialbindungspapier, das nach langem Gackern gelegt wurde. Als Resultat wurden ein paar allzu frechen Spekulanten ein paar Strafen aufgebrummt, und das wird sicher noch einige Male passieren, besonders wenn der Kreditgeber des betreffenden Spekulanten nicht gerade die Bank für Gemeinwirtschaft („Kapital sparen"!) ist.



Trotz Sozialbindungspapier geht die Spekulation munter weiter, besonders in den Außenbezirken der Stadt, wo es weniger um den Abriß alter Wohnviertel als um den Neubau ganzer Vororte geht. Trotz Sozialbindungspapier konnte kürzlich ein Richter Esser einen Vergleichsvorschlag machen, daß die angemessene Miete incl. Umlagen für einen nicht mehr ganz neuen Neubau DM 10,– pro qm beträgt (für 80 qm also DM 800,– zur Verdeutlichung).

ORGANISATION IST NOTWENDIG

Unsere Konsequenzen aus dem Stand der Klassenauseinandersetzung und aus der Politik der Reformisten zu ziehen, bedarf einer kollektiven Anstrengung. Das muß jedem Genossen klar sein, bevor er irgendwelche Vorschläge als unzureichend, einseitig, absurd oder sonstwas ablehnt, indem er sich dagegen ausspricht oder sie einfach ignoriert. Die Antwort darauf, daß in den letzten Jahren objektive Probleme in Form von Aktionen und Konflikten aufbrachen, daß ansatzweise die Möglichkeit von Widerstand gezeigt wurde (und da müssen die Springerblockade, die Vietnamaktionen, die Septemberstreiks, die Hochschulkämpfe, der Häuserkampf, die Streiks in diesem Jahr um mehr Geld und mehr Urlaub in **einem** gesellschaftlichen Zusammenhang des Angriffs auf die kapitalistische Politik gesehen werden), ist die von den Reformisten definierte Alternative von freiwilliger Unterwerfung und Pazifismus oder militanten Aktionen und der Gefahr der Unterdrückung. Auf der Ebene der Propaganda sind zögernd die ersten Konsequenzen gezogen worden: z. B. die Propagierung des Ford-Streiks als fortgeschrittene Kampfmaßnahme, allerdings bisher ohne seine Kritik auf dem Hintergrund der Kämpfe der Klöckner-Hütte („Mischerkrieg"), wo die Produktionsmittel als Faustpfand gebraucht wurden. Ein Sieg der streikenden Bergarbeiter der Saar (s. WWA-Sondernummer im Oktober) wäre nur als Besetzungsstreik denkbar gewesen. Aber eine solche Propaganda zu machen, ist wiederum nur möglich, wenn man die **Schritte** angeben kann, die dahin führen.

Völlig vernachlässigt wurde allerdings im Häuserkampf der letzten Monate die Frage, die die Streiks bei John Deere, Hella und Ford ebenso klarstellten wie die Mietstreiks: die Frage des Rassismus, der Ausländer als wesentlichen Teil der ausgebeuteten Arbeitskraft (die Diskussion um die Thesen in WWA 5 wurde nicht aufgenommen). Das Problem wird noch zugespitzt dadurch, daß immer mehr ausländische Arbeiter sich selbst nicht mehr als kurzfristige Arbeitsemigranten ansehen, die nach wenigen Jahren zurückkehren (wenn das der Fall wäre, hätte die Mietstreikbewegung unter den Ausländern nicht solche Ausmaße angenommen, sondern sie würden wie früher die zeitweilige Beschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten durch die Hoffnung auf gesellschaftlichen Aufstieg nach der Rückkehr rechtfertigen), gleichzeitig die Möglichkeit der Ausweisung von 1,2 Millionen Ausländern erwogen wird.

Diese Probleme (beliebig zu vermehren: Chile und was es für uns bedeutet, Vietnam, die Ölkrise etc.) können nur angegangen werden, wenn wir einen politischen Diskussionszusammenhang bei gleichzeitiger Arbeitsteilung schaffen: so stellt sich die Frage der inneren Organisation der linken Bewegung.

MINIMALE ANSÄTZE

Ein Ansatz einer Lösung waren und sind die Stadtteilgruppen, aber nach wie vor stellt sich das Problem des Zusammenhangs einer kontinuierlichen Arbeit im Stadtteil und den zentralen Aktionen Hausbesetzungen und -verteidigungen, Demonstrationen etc. Ähnliches gilt für die verschiedenen Betriebsgruppchen. Meistens werden die Aktionen nicht als Schritt vorwärts in der eigenen Arbeit angegangen, sondern als Störung, weil diese Arbeit sich in einer so unmittelbaren Weise auf die gegebene Situation bezieht, besonders was die Frage der Militanz angeht, daß sie die Fortschritte und Fragestellungen ignoriert, die uns von anderen vorgesetzt werden, ohne daß wir unmittelbar beteiligt waren. Beispiel: Ford. Immer wieder.

Der jetzige Versuch, eine Organisationsform kleiner Gruppen zu schaffen, war vorerst nur die Antwort auf die militante Bedrohung durch die Bullen. Was wir schon im-



mer gesagt hatten, daß wir nicht einzeln auf die Demonstration laufen dürfen, wurde bei der zweiten CISNU-Demonstration erstmals wirklich **organisiert** und somit auch wirklich massenhaft gemacht. Ob es gelingt, aus diesen Gruppen politische Zellen zu formen, die universell diskutieren und praktisch arbeitsteilig arbeiten, oder ob es notwendig ist, statt der jetzt entstandenen Gruppierungen solche inhaltlich arbeitsteiliger Art zu schaffen statt weitgehend nach Wohnzusammenhängen zu organisieren, muß ein Punkt der Diskussion sein. Klar ist bisher nur, daß inhaltliche Fortschritte unserer Arbeit **unmittelbar** an ihre Organisierung gebunden sind. D. h. an die verantwortliche Übernahme arbeitsteiliger Aufgaben bei einem gleichzeitigen allgemeinen Diskussionszusammenhang an Stelle der bisherigen Struktur, die geprägt ist von undiskutierten Arbeitsansätzen relativ weniger Genossen, Zentralisierung von Diskussionen und Entscheidungen, verbunden mit Angriffen auf „Kader" und „geheime ZKs", normalerweise ohne die Bereitschaft, sich bei Versuchen einer **praktischen** Änderung dieser Struktur durch Organisation der Arbeit wirklich zu engagieren, und der kollektiven Unfähigkeit, notwendige Aufgaben auszuführen, weil keine Arbeitsteilung innerhalb eines unorganisierten Zusammenhangs möglich sind. Wir können nichts neues aus der Luft aufbauen. Diese Diskussionen können **mit Kosequenzen** nur in den momentan vorhandenen Grüppchen, insbesonders den durch die letzten Demonstrationen geschaffenen, geführt werden.

GENOSSEN VOM RK



WWA-Dokumentation

Frankfurter Rundschau · Donnerstag, 24. Januar 1974, Nr. 20

Ein Flugblatt, das zum Widerstand aufruft

Taktische Unterweisungen für den Kampf mit der Polizei

„Jetzt weiß die Polizei, was sie zu erwarten hat", kommentierte Polizeisprecher Hans Neitzel gegenüber der FR den Inhalt eines Flugblattes, das an der Universität verteilt wurde und in dem unter der Prämisse „Widerstand ist nötig", taktische Anleitungen für den zu erwartenden Häuserkampf um den Komplex Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße gegeben werden.

Das Flugblatt, das keinen für den Inhalt Verantwortlichen ausweist, jedoch als Informationsstelle das Mieterzentrum in der Bockenheimer Landstraße 111 angibt, empfiehlt die Gruppentaktik: „Wir können nicht einzeln oder zu zweien rumlaufen." Die Polizei werde nämlich „Greiftrupps bilden, um einzelne zu verhaften". Es müsse Ziel der Demonstranten sein, zivile und uniformierte Einsatzgruppen „von der Masse der Bullen abzuschneiden."

Die Polizei wolle Wasserwerfer mit Tränengaszusatz und Kampfgas einsetzen. „Die Bullen werden wieder treten, prügeln und mit Steinen werfen." Adäquate Gegenmittel laut Flugblatt: Wasserfeste Kleidung, fest anliegende Schwimmbrillen, Mundschutz und Helme.

Das Flugblatt verfügt „striktes Fotografierverbot für alle. Auch Amateurfotografen und Presseleute dürfen bei Auseinandersetzungen nicht knipsen. Häufig beschlagnahmen die Bullen deren Fotomaterial, um es gegen uns zu verwenden." Das Flugblatt argumentiert: „Wer nicht unter Bergen von Reformentwürfen schlafen will statt in Wohnungen zu erträglichen Mieten, der muß sich holen, was er braucht." Das Sozialbindungspapier wird als Mittel „der organisierten Ausbeutung" bezeichnet.

Die im Flugblatt erteilten Ratschläge sind identisch mit einem Papier, das in Kreisen der extremen Linken in Berlin verbreitet wurde. Titel: „Straßenwerkertips."

Für Bezirkskommissar Hans Neitzel ergibt sich daraus zwingend, daß die Polizei „mit Härte auftreten muß, sonst wird sie überrollt". Das Verhalten der Polizei bestimme ausschließlich die Gegenseite, und die wolle die Konfrontation. Man werde zur gegebenen Zeit, wenn von polizeilicher Brutalität die Rede sei, auf Formulierungen in dem Flugblatt zurückkommen, um zu zeigen, von wem die Gewalt ausgegangen sei.

habe

Der vollständige Text:

Widerstand ist nötig

Was ist bei der Räumung des Blocks Schumannstr./Bockenheimer zu erwarten? Wie können wir uns wehren? – Einige Lehren aus den Kämpfen um den Kettenhofweg.

Mit der Räumung des Blocks müssen wir nach der Bauausschußsitzung vom Dienstagabend **jeden Tag** rechnen! Die Position des Magistrats ist klar: Er nutzte keine der vielen rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten, den Bau des 28-stöckigen Büroklotzes zu verhindern, der an der Ecke geplant ist, er schob die Verantwortung auf den geschaßten Baudezernenten Kamffmeier, an dessen Beschlüsse man noch gebunden sei, und befand, der Spekulant Bubis sei doch ein netter Kerl, dem man jetzt einen Gefallen schuldig sei. Im Interesse der Banken und Spekulanten soll also jetzt geräumt werden. Daher stellt sich jetzt für die Bewohner des Blocks, für alle Betroffenen und Sympathisanten des Häuserkampfs, eine zentrale Frage:

- Leisten sie Widerstand gegen die Räumung, versuchen sie, den Abriß zu verhindern, nehmen sie das Wahlgeschwätz von der menschlichen Stadt ernst, riskieren sie also, zusammengeschlagen und wegen Aufruhr, Widerstand usw. von den Gerichten abgeurteilt zu werden, oder
- gehen sie raus, lassen sie sich als Gruppe auflösen, in Einzelzimmer verbannen und als einzelne Opfer der Verwaltung hilflos den Maßnahmen der Stadt ausliefern, ohne jemals eine Veränderung ihrer Situation erwarten zu können?

Die SPD machte sich bei der letzten Wahl den Häuserkampf zunutze, um sich als sozial darzustellen, und legte im letzten Jahr das Windei „Sozialbindungspapier" als Reform vor. In Wirklichkeit beteiligt sich die Hessische Landesbank, in deren Vorstand viele führende Sozialdemokraten, u.a. Rudi Arndt und Ministerpräsident Osswald, sitzen, mit Millionensummen und Millionenprofiten an der Spekulation. Einer der Erfolge des Häuserkampfs ist es, daß vielen Bürgern (und SPD-Wählern) inzwischen klar ist, daß die SPD, die noch vor kurzem das geschärfte Bewußtsein der Leute in Wählerstimmen für sich ummünzen konnte, daß dieselbe SPD an der Leine der Spekulanten geht und sogar an der Ausbeutung direkt beteiligt ist.

Jetzt wollen SPD und Magistrat jeden, dem das Rückgrat nicht schon dreimal gebrochen ist, vor die Alternative stellen, PRÜGEL ODER UNTERWERFUNG. Ihre Reformpolitik und die Prügelorgien der Polizei sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer mit Reformversprechungen statt wirklichen Veränderungen nicht zufrieden ist, geht das Risiko ein, in Knast oder Krankenhaus zu landen. Aber der Häuserkampf hat auch bewiesen, daß Widerstand möglich ist. (Zuletzt im Kettenhofweg.)

Das Bild, das wir von der SPD hier in Frankfurt haben, ist überall zu sehen, beim Häuserkampf so deutlich wie bei den Streiks im Sommer. Der Einfluß der Reformregierung, die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die konzertierte Aktion hatte zu einem Tarifabschluß geführt, der nicht einmal den Reallohn sicherte. Trotz der Maßhalterundreise von Kanzler Brandt durch die wichtigsten Betriebe begannen die Arbeiter, sich selber zu holen, was sie brauchten. Die Reaktion der Bosse war am klarsten bei FORD/Köln: Eine Prügeltruppe von Gewerkschaftern, Meistern und Zivilbullen provozierte auf dem Werksgelände eine Schlägerei, damit die SPD-Polizei einen Grund hatte einzugreifen. Die räumte dann mit äußerster Brutalität das Werksgelände. Die Kollegen, hauptsächlich Türken, hatten auf Disziplin und Gewaltlosigkeit gebaut und waren auf diesen militärischen Einsatz nicht vorbereitet. Willy Brandt aber wußte Bescheid: Er empfing stündlich die Berichte seiner Polizeiführung in Köln.



Wer nicht unter den Bergen von Reformentwürfen schlafen will statt in Wohnungen zu erträglichen Mieten, der muß sich holen, was er braucht. Das heißt für uns: WIR MÜSSEN UNS GEGEN DIE GEWALT DER BANKEN, UNTERNEHMER UND SPD-BULLEN VERTEIDIGEN!!

Wer zur Demonstration und Verteidigung des Blocks Bockenheimer/Schumannstraße kommt, muß wissen, daß es hier nicht mehr um reformerische Sandkastenspielchen geht. DIE POLIZEI WIRD MIT GROSSER BRUTALITÄT VORGEHEN, sie wird ihre neuen Waffen einsetzen und ihre Spezialkommandos „zur Bekämpfung des Terrorismus", denn wer sich wehrt, wer sich ernst nimmt und seine Interessen verteidigt, der ist für die SPD ein Terrorist.

Wir können nicht einzeln oder zu zweien auf der Demo rumlaufen wie auf einem Spaziergang, sondern nur gruppenweise, um uns zu schützen. Das heißt, daß man in dem Zusammenhang, in dem man lebt (Wohnung, Nachbarschaft) und in dem man arbeitet (Schule, Stammtisch, politische Gruppe) auch auf die Demo kommt und BIS ZUM SCHLUSS ZUSAMMENBLEIBT!!

DIE BULLEN BILDEN GREIFTRUPPS, um Einzelne, die sie sich vorher aussuchen, zu verhaften, wenn die Gelegenheit günstig ist, um sie nachher als Rädelsführer vorweisen und aburteilen zu können. Wir



müssen diese Greiftrupps von der Masse der Bullen abschneiden und dadurch wirkungslos machen.

DIE BULLEN SETZEN ZIVILE EIN, die gekleidet sind wie wir selber. Sie sind mit Pistolen bewaffnet, die sie sehr schnell ziehen. Sie treten in kleinen Guppen auf und versuchen Verhaftungen, häufig auch Provokationen, um uns dort in Auseinandersetzungen zu verwickeln, wo wir schwach sind. Diese Ziviltrupps können nur durch feste Gruppen von uns abgewehrt und verjagt werden.

DIE BULLEN SETZEN ZIVILE FOTOTRUPPS EIN, die möglichst viele Demonstranten fotografieren sollen, besonders da, wo sie Schlägereien angefangen haben. Diese Fototrupps müssen genauso behandelt werden wie die Greiftrupps. Außerdem sollte man Gesichtstücher tragen und dunkle, unauffällige Kleidung. Auch Amateurfotografen und Presseleute dürfen bei Auseinandersetzungen nicht knipsen. Häufig beschlagnahmen die Bullen deren Fotomaterial, um es gegen uns zu verwenden. **Also striktes Fotografierverbot für ALLE!**

DIE BULLEN SETZEN WASSERWERFER MIT TRANENGAS-GEMISCH EIN, daher unbedingt wasserfeste Kleidung tragen, denn das Zeug brennt höllisch auf der Haut. Möglichst Kleider zum Wechseln in nahegelegenen Wohnungen deponieren. In Sportgeschaften gibt es für etwa 8,00 DM fest anliegende Schwimmbrillen (Chlorbrillen), die die Augen schützen. Für Mund und Nase mit Zitronensaft getränkte Mullbinden unter den Gesichtstüchern befestigen oder Infektionsmasken oder den Mundschutz, der beim Lacksprühen verwendet wird.

DIE BULLEN WERDEN WIEDER TRETEN, PRUGELN UND MIT STEINEN WERFEN, also sollten wir Helme von unauffälliger Farbe tragen. Für den Hals einen Wollschal, für den Sack einen „Tiefschutz", den es für etwa 20,00 DM in Sportgeschäften gibt. Festes Schuhwerk nicht vergessen.

NOCHMAL: Entscheidend für den politischen und praktischen Erfolg der Aktion ist der Zusammenhalt einerseits der „Kleingruppe", (fester Treffpunkt vor- und nachher) andererseits der Demonstration als Ganzes, deshalb: Bei der Flucht vor der Ubermacht, nicht aufsplittern lassen, sondern in **eine** Richtung zurückweichen und zum Hauptkern der Demo zurückfinden! Übrigens lohnt es sich nicht in allen Fällen, vor den Bullen abzuhauen und dann wiederzukommen, man kann oft ebensogut einfach stehenbleiben und Widerstand leisten, denn MERKE: Auch die Bullen kochen nur mit Wasser, sind Menschen, haben Familie und einen Feierabend, den sie so lieben wie ihre Gesundheit!

Die Gewaltanwendung des reformistischen Staates soll uns zwingen, jeden Gedanken an Widerstand aufzugeben und alein auf seine Politik zu vertrauen. Wir sollen zu Objekten ihrer Herrschaft gemacht werden, statt selber unser Schicksal in die Hand zu nehmen. Wir sollen auf ihre Reformen warten, die danso aussehen wie das wertlose Sozialbindungspapier, das die Ausbeutung nicht abschafft, sondern erst organisiert, deshalb sind die angegebenen Selbstschutzmaßnahmen kein technisches Problem, sondern Bestandteil der politischen Frage, die wir beantworten wollen, die wir beantworten müssen, wenn es uns ernst ist um unsere Ansprüche und Bedürfnisse.

WIDERSTAND IST NOTIG!
WIDERSTAND IST MOGLICH!
WENN WIR UNS WEHREN, DANN RICHTIG!

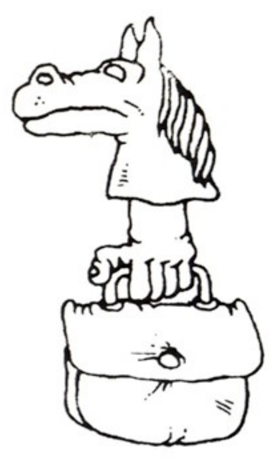
Der Gewalt des Magistrats, der Gewalt des Staates setzen wir die Macht der Solidarität, die Kraft des gemeinsamen Widerstandes entgegensetzen! KOMMT ZU DEN INFORMATIONS-TEACH-INS UND ZUM INFORMATIONSZENTRUM IM MIETERZENTRUM, denn DIE BESTE TAKTIK IST WERTLOS OHNE STRATEGIE!!



FRANKFURT:

STREIK AN DER UNI

An Frankfurts Uni streiken die Professoren. Die Studenten der ersten vier Semester des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften wurden ausgesperrt. Die Antwort der Studenten der gesamten Uni hierauf lautete :aktiver Streik. Die Aussperrungsmaßnahme der Profs wurde von Uni-Präsident Kantzenbach mit „Gefährdung von Lehr- und Lernfreiheit durch linke Rollkommandos" begründet.
Was war passiert? Engels, Ordinarius für Bankbetriebslehre, war beauftragt, eine Einführungsvorlesung in die Okonomie für Erstsemester zu halten. Diese Vorlesung ist als einzige Veranstaltung des Fachbereichs so konzipiert, daß ohne Prüfungsdruck den Erstsemestern allgemeine ökonomische Fragen und der Rahmen des Okonomiestudiums vermittelt werden soll.



Hochschulllehrer Engels, 1972 aussichtsloser CDU-Bundestagskandidat im SPD-beherrschten Frankfurter Westend, hatte vor Semesterbeginn die Vorlesungsinhalte in einem vom CDU-Wirtschaftsrat finanzierten Pamphlet, welches in 200 000 Auflage kostenlos an Schulen verteilt wurde, formuliert. In der Werbeschrift „Soziale Marktwirtschaft – verschmähte Zukunft" versuchte Engels, einen platten Anti-Marx zu schreiben (ohne Marx je gelesen zu haben) unter gleichzeitiger Anpreisung der Marktwirtschaft als einem System „uneingeschränkter sozialer Nützlichkeit" :„Die Gewinne unsrerer Marktwirtschaft werden um so kleiner, je mehr der einzelne Unternehmer nach größtmöglichem Gewinn strebt".

Engels, der sich um diese unter den Hochschullehrern sehr unbeliebte Vorlesung freiwillig bewarb, wollte sich für die nächste Landtagswahl durch besonders provokantes Auftreten bekannter machen und als Reaktionär profilieren. Das dokumentierte er in der Veranstaltung unter anderem dadurch, daß er keine Fragen zuließ, z.B. eine Stunde lang aus der Bibel vorlas oder seinen altbekannten Vorschlag, die Uni in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln, vorkaute. Nachdem die Veranstaltung einige Male platzte, weil die Studenten sich das nicht gefallen ließen, schlug der Dekan einen Kompromiß vor, der die Teilung der Veranstaltung in Vortrag und Diskussion beinhaltete.



Engels sabotierte auch dies, indem er sich weigerte, einen Tutor in der Veranstaltung als Diskussionsleiter zu akzeptieren. Damit machte er erneut deutlich, daß er von vornherein in keiner Weise bereit war, mit den Studenten zu diskutieren. Außerdem erstattete er Anzeige wegen Nötigung gegen zwei Genossen. Eine Vollversammlung der Wirtschaftswissenschafts-Studenten beschloß daraufhin, daß die Engels-Vorlesung nicht mehr stattfinden wird, wenn die Anzeigen nicht zurückgenommen und die Forderung nach Wahl eines Diskussionsleiters nicht erfüllt würden.

Uni-Präsident und Rechts-SPDler Kantzenbach hob diese scheinbar unwichtige Sache auf eine andere Ebene, indem er das Postulat von der Unteilbarkeit der Lernfreiheit erfand und mit dieser Begründung sämtliche Lehrveranstaltungen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für eine Woche aussetzte. Gleichzeitig kündigte er an, daß die nächste Engels-Vorlesung unter Polizeischutz stattfinden würde.

Von studentischer Seite zum Boykott aufgefordert, ließen dreißig „hörwillige" Studenten (Presseleute und Zivilbullen mitgezählt) sich und die Lehrfreiheit von fünf Hundertschaften Bullen schützen. In der Woche drauf sprengten ca. 300 einlaßberechtigte Studenten der Anfangssemester („Roll-



kommandos') die Vorlesung trotz Bullenschutz und setzten so den Vollversammlungsbeschluß in die Tat um.

In der Zwischenzeit war es auch in anderen Veranstaltungen des Grundstudiums durch Fragen von Studenten zu ähnlichen Auseinandersetzungen gekommen, die auch zum vorübergehenden Abbruch der jeweiligen Veranstaltung führten. Die Ordinarien und ihr Sprecher Kantzenbach schlugen nun voll zu : 1) die Anfangssemester des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften werden für das gesamte Semester ausgesperrt und die



Veranstaltungen werden abgesetzt. 2) den Tutoren, die sich mit den Forderungen der Studenten solidarisiert hatten, und das waren fast alle, wurde die Kündigung angedroht – die ersten fristlosen Entlassungen sind bereits da. 3) Kantzenbach rief laut nach dem Ordnungsrecht und kündigte weitere Polizeieinsätze an.



Mit diesen Maßnahmen und der Art der Durchsetzung, die mit der hessischen Landesregierung vorher abgesprochen und öffentlich gesegnet worden war, verschwanden auch die allerletzten Reste hochschulpolitischer Differenzen zwischen Dreggers Rechtsaußenmannschaft und der Hessen-vorn-SPD.

Einig waren sich SPD und CDU in der Frage des Ziels von Hochschulpolitik und -reform: Die Uni sollte mehr Studenten in einem verschulten und damit unkritischen Studium in kürzest möglicher Zeit dem Verwertungsinteresse des Kapitals zur Verfügung stellen. Mittel dazu sind u. a. HRG, d. h. Regelstudienzeit, Zwischenprüfungsordnung, Aufnahme von sog. Praktikern in die Gremien, in denen Lernziele und Inhalte der einzelnen Studiengänge bestimmt werden.

Die Unterschiede in der Durchsetzungsstrategie waren: Die SPD versuchte die Studenten zu befrieden und in den bestehenden Uni-Betrieb zu integrieren, indem sie mit der Mitbestimmung lockte. Auftretende Konflikte wurden durch Zurücknahme der Zugeständnisse seitens der SPD-Landesregierung (Novellierung von Hochschulgesetzen) bzw. durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes („In allen relevanten Fragen ist den Hochschullehrern die Mehrheit zu sichern") gelöst.

Währenddessen pfiff die CDU von Anfang an auf solche „Hirngespinste" von Reformern und verließ sich stattdessen auf den bestehenden Herrschaftsapparat und die Neueinführung eines Ordnungsrechts, um es der Uni-Bürokratie zu erleichtern, aufmüpfige Studenten vom Studium auszuschließen. In einem Satz läßt sich die neue gemeinsame Hochschulpolitik von SPD und CDU so darstellen: Wer nicht studieren will, wie die Herrschenden es wollen, der braucht ja nicht zu studieren. Wer es trotzdem tut und aufmuckt, wird gefeuert. Mit dem Frankfurter Uni-Konflikt wird klar, daß die Hochschul„reformer" der SPD mit ihrer Politik die Forderungen der CDU übernommen haben und sie durchzusetzen versuchen.

Eine Analyse des von den Studenten beschlossenen Streiks, der zur Zeit an der Uni läuft, folgt in der nächsten WWA.



SHI - Sozialistische Hochschulinitiative, Ffm

Der Archipel BGH

Am 8. 1. 1974 hat der 5. Senat des Bundesgerichtshofes die beantragte Revisionsverhandlung von Werner Hoppe abgelehnt. Zehn Jahre Knast – und Knast heißt hier Isolation, Einzelhofgang mit Handschellen – wurden damit unter schweigender Billigung einer Öffentlichkeit bestätigt, die noch anläßlich des Prozesses und des Urteils gegen Werner Hoppe lautstark nach der Revision gerufen hatte. In der Rundschau ein kurzer Artikel, in der FAZ nicht eine Zeile, im Spiegel sind Folter und Terror vor allem aktuell, wenn sie sich vor vierzig Jahren in der Sowjetunion abspielen. Solschenizyns Archipel Gulag enthält unter anderem präzise Beschreibungen von Isolations- und Schlaffolter, Beschreibungen, die die leitenden Herren von Justiz und Strafvollzug achselzuckend quittieren können, denn sie kennen sie besser, aus eigener praktischer Erfahrung.

Seit dem 21. 12. 1973 ist die Isolierhaft gegen Ulrike Meinhof erneut verschärft worden. Wieder befindet sie sich in einem völlig leeren Trakt in Ossendorf.

Ronald Augustin, seit dem 24. 7. 1973 in U-Haft wegen des Verdachts auf RAF-Zugehörigkeit darf mit keinem anderen Gefangenen sprechen, vor seinem Fenster wurde ein dreifaches Gitter angebracht.

Totale Postsperre haben: Verena Becker, Inge Viett, Wolfgang Knupe in Westberlin; Carmen Roll in Schwäbisch Gmünd; Siegfried Hausner in Karlsruhe; Klaus Junschke, Manfred Grashoff, Wolfgang Grundmann in Zweibrücken; Jan Carl Raspe, Gerhard Müller, Ulrike Meinhof in Köln, Andreas Baader in der Nähe von Kassel.

Die Beispiele der Isolationsfolter an politischen Gefangenen lassen sich ergänzen, 'mal ist die Isolierung total, zeitweise wird sie aufgehoben, bei anderen nicht, wie es den Vollzugs- und Ermittlungsbehörden in den Kram paßt.

Werner Waldhof hat die Auswirkungen von zweieinhalb Jahren Isolierung in Straubing und Kaisheim beschrieben: „Zeit: in ihrer üblichen Definition eigentlich nicht mehr existent, nur graue, gleichförmige Masse. Kleinere Ereignisse (und darum handelt es sich fast ausschließlich) lassen sich chronologisch nicht mehr einordnen, sie liegen praktisch alle auf einer Kreisbahn mit mir als Mittelpunkt und in einem unbestimmten, aber gleichbleibenden Radius (z. B. frage ich mich um 18 Uhr, was ich um 17 Uhr zum Abendbrot gegessen habe, es fällt mir wieder ein und dann – oder hat's das gestern gegeben? oder vorgestern? usw.). . . . Denkfähigkeit: ich nehme weder Gedanken auf noch lege ich welche ab, ich arbeite praktisch nur mit der vorgegebenen Substanz in immer wieder neuen, aber begrenzten Variationen. Die Anzahl dieser Variationen nimmt übrigens im Lauf der Zeit stark ab und beschränkt sich schließlich nur noch auf einige wenige Gedankenkreise, die immer wieder durchlaufen werden . . ." (Neues Forum, Wien, Dez. 1973)

Der BGH sieht in den Foltervorwürfen nur Beleidigung und Herabsetzung der Justiz. Wohin soll eine Justiz eigentlich noch herabgesetzt werden, die inzwischen zur versuchten Tötung vorangeschritten ist?

Katharina Hammerschmidt, die sich 1972 freiwillig der Justiz gestellt hatte, erkrankte in der U-Haft in Berlin an einem bösartigen Tumor. Schon im August 1972 wurde bei einer routinemäßigen Untersuchung ein Schatten auf der Lunge festgestellt. Im September quollen ihre Augen zu, der Hals schwoll an. Im Oktober wurde sie erneut geröntgt, angeblich ohne Ergebnis. Erst nach einem Hungerstreik und unbegründeten Verzögerungen konnte Katharina Hammerschmidt Ende November untersucht werden. Die Ärzte im Knast stellten einen Knoten im Hals fest und schickten sie in die U-Haft. Erst nach einem Erstickungsanfall (Bereitschaftsärztin: „Pfeift sie schon?" Wärterin: „Ja, aber nicht mehr lange.") wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Die Ärzte im Klinikum stellten fest, daß der Tumor nicht mehr behandelt werden kann.

Augstein über Solschenizyns Buch: „Wie sollte eine Minderheit sich die Mehrheit anders als durch Terror gefügig machen?"

Wie ist das mit dem Terror in der BRD?

Wie ist das mit der Gefügigkeit der Mehrheit?

RK



Hamburg

Hausbesetzerprozeß

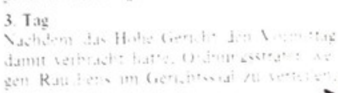
Nachdem das Oberlandesgericht am 3. 8. 1973 durch seine Entscheidung die Weichen für den § 129 gestellt hatte, eröffnete die Staatsschutzkammer (Strafkammer 8) unter Vorsitz von Richter Ziegler am 26. 9. 1973 kurz nach 9 Uhr die Hauptverhandlung. Vorhergegangen war ein bißchen Spektakel mit Blitzlicht und Fotoreportern, die bei der Hauptverhandlung rausgedrängt wurden. Das Strafjustizgebäude war hermetisch abgeriegelt, und drinnen natürlich das gleiche. Von den acht Angeklagten erschienen fünf. Genosse Karl-Heinz, der mittlerweile sieben Monate im Knast sitzt, wurde, da er nicht bereit war freiwillig zu erscheinen, zwangsvorgeführt. Vier Bullen prügelten ihn herein, drückten ihn auf die Anklagebank und hinderten ihn daran, sich zu bewegen. Dadurch kam es im Saal zu Sprechchören der Zuschauer. Die Reaktion des Vorsitzenden: Räumung des Saals durch seine Knüppelgarde. Die Öffentlichkeit wurde für den Verlauf dieses Tages ausgeschlossen. Dann wurde die Anklageschrift verlesen, die von krimineller Vereinigung bis zu Landfriedensbruch reichte.

2. Tag

Die Verteidigung gab eine Erklärung zur Rolle der „Neuen Heimat" in der Hamburger Ausbeutungsplanung ab. Eine anschließende Erklärung der Angeklagten endete mit den Worten: Neue Heimat und Senat sind ein Gangstersyndikat. Dann folgte die Beweisaufnahme. Der Kronzeuge, [illegible] Anklagenschriften aufgeführt war, verweigerte aber überraschend die Aussage. Die Herren hatten also keine andere Wahl, als [illegible] den Fotos und Flugblättern, die [illegible] gen, zu beschäftigen.

3. Tag

Nachdem das Hohe Gericht den Vormittag damit verbracht hatte, Ordnungsstrafen wegen Rauchens im Gerichtssaal zu verteilen,



→

Katharina Hammerschmidt

"Sie haben nichts"

Die Untersuchungsgefangene Katharina Hammerschmidt, 30 Jahre alt, die sich seit dem 30. 6. 1972 in Isolationshaft befand, hatte seit dem 26. 9. 1973 folgende Beschwerden und verlangte deshalb den Arzt: starke Schmerzen in der Brust, Sprechbeschwerden, Heiserkeit, Anschwellung des Halses.

Zwar wurde sie daraufhin von der Anstaltsärztin und einen Tag später von dem Anstaltsfacharzt Dr. Löckel untersucht, zwar wurde fünf Tage später eine Röntgenaufnahme des Brustkorbes angefertigt, aber sie wurde nicht behandelt. Stattdessen wurde ihr erklärt: „Sie haben nichts."

In den nächsten Wochen verschlimmerte sich Katharina Hammerschmidts Zustand. Es trat Atemnot auf, die Sprechschwierigkeiten und die Brustschmerzen nahmen zu, der Hals wurde fast so dick wie der Kopf. Deshalb verlangte sie immer wieder behandelt zu werden. Die Anstaltsärztin erklärte ihr aber: „Wie sehen Sie jetzt aus? Das haben Sie von Ihrem Hungerstreik. Im übrigen kommt das vom Aus-dem-Fenster-Brüllen."

46 Tage lang erfolgte nichts. Da eine Behandlung von den Anstaltsärzten verweigert wurde, setzte der Verteidiger durch, daß ein Arzt der Universitätskliniken Berlin, Dr. Wenzel, sie im Gefängnis untersuchte. Aufgrund des alarmierenden Zustands von Katharina Hammerschmidt forderte er sofort eine Reihe von dringenden Untersuchungen. Diese lehnten die Anstaltsärzte zunächst ab. Erst acht Tage später wurde sie unter Vorspiegelung, sie würde von Dr. Wenzel untersucht werden, von Ärzten nach Wahl der Anstalt untersucht. Sie wurde wieder nicht behandelt. Sieben Tage später hatte sie besonders schwere Erstickungsanfälle. Erst drei Tage später – **nach 64 Tagen Nichtbehandlung** – wurde sie daraufhin zur Behandlung ins Klinikum Steglitz eingeliefert und behandelt.



Die Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 1974 berichtete: „Auch Dr. Neubauer, der die Patientin nach Entlassung aus der Haft untersuchte, vertrat die Ansicht, mit normalem medizinischen Verstand hätte seit langem eine Erkrankung festgestellt werden müssen." Und das Heidelberger Tageblatt vom 12. 1. 1974 schrieb: „Ein Arzt des Klinikums und ein weiterer Mediziner . . . bestätigten, daß die Krankheitssymptome eindeutig zu erkennen gewesen seien und daß eine Behandlung schon wesentlich früher hätte einsetzen müssen." Dr. Neubauer stellt auch fest, daß nicht einmal erst ab 26. 9. 1973 eine Behandlung hätte erfolgen müssen, sondern schon seit August 1973, denn „auf einer routinemäßig gefertigten Röntgenaufnahme vom August 1973 (sei) eine Verschattung im Lungenbereich erkennbar. Seinerzeit sei der inzwischen kindskopfgroße Tumor möglicherweise noch zu operieren gewesen." (Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 1974).

Der bösartige Tumor (Krebs) kann inzwischen nicht mehr operiert werden.

Auf Grund der geschilderten Vorfälle stellen am 16. 1. 1974 folgende Teilnehmer der Studium Generale Veranstaltung an der Universität Heidelberg „Die Medizin als gesellschaftliche und politische Kraft" gegen die Verantwortlichen Strafantrag wegen versuchten Mordes an Katharina Hammerschmidt.

Studium Generale, Heidelberg
(Es folgen 92 Unterschriften)



Die Knastgruppe des Sozialen Selbsthilfe Komitees gibt die Zeitung KNAST heraus. Nr. 1 und Nr. 2/3 sind bereits erschienen. KNAST ist eine Zeitung von Gefangenen für Gefangene und alle an der Knastproblematik Interessierten.
Bestellungen an: SSHK-KNAST-GRUPPE
8 München 80
Bruggrafenstr. 4
Preis für Nr. 1 DM 1,– + Porto
Preis für Nr. 2/3 DM 1,50
(in Form von Briefmarken)
Bei Abonnement bleibt der Preis gleich; Porto entfällt.

Forts. HAMBURG →



und eine angeklagte Genossin, die an den beiden vorigen Verhandlungstagen nicht erschienen war, im Zuhörersaal verhaftet worden war, schlossen sie die Öffentlichkeit bis zu den Plädoyers aus. Die Verfahren von zwei nicht erschienenen Genossen wurden abgetrennt.

Dann ging die Beweisaufnahme weiter: Bullenzeugen sagten aus, daß sie bei einer nächtlichen Aktion ca. 25 bewaffnete Hausbesetzer festgenommen hätten, unter diesen 25 Leuten auch die Angeklagten. Ein Bulle wurde angeblich an der Hand verletzt, konnte aber bei seiner Aussage nicht angeben, an welcher Hand er verletzt wurde.

4. und 5. Tag
Bullen schilderten ihre heroischen Taten bei der Räumung der Eckhofstraße 39.

6. Tag
Vernehmung der Eltern, wobei ein Elternpaar die Aussage ablehnte und einige gar nicht erst erschienen waren. Bei dem Rest das übliche Gelaber über Kindheit, Schule und Arbeit. Auf Antrag der Verteidiger wurde dann der Pressesprecher der BeWoBau als Zeuge verhört. Er faselte davon, daß Hausbesetzungen ja eigentlich eine soziale Sache seien, aber da er bzw. die BeWoBau Gewalt ablehnen, könne die BeWoBau die Handlungen der Hausbesetzer nicht akzeptieren. Komischerweise wurde die Anzeige der BeWoBau wegen Hausfriedensbruchs erst nach der Räumung erstattet.

7. Tag
Plädoyer der Staatsanwaltschaft. Man versuchte, aus widersprüchlichen Aussagen und Lügen ein Beweispaket zu konstruieren, das die angeklagten Genossen als Terroristen abstempeln sollte. Trotz alledem mußte die Klassenjustiz den so intensiv vorbereiteten § 129 fallen lassen.

Antrag der Staatsanwälte: Für 4 Genossen jeweils 4 Wochen Jugendarrest; für einen 9 Monate auf Bewährung; für den Genossen Karl-Heinz ein Jahr ohne Bewährung. Die Anwälte forderten Freispruch für alle.

8. Tag
Urteilsverkündung:
1 Jahr ohne Bewährung für Karl-Heinz
9 Monate ohne Bewährung für Dieter
je 4 Wochen Jugendarrest und 8 Arbeitsauflagen für Kaspar, Peter, Franz-Otto und Wolfgang.

Dokumentation „Wir greifen an Springer, Senat und NEUE HEIMAT" erhältlich bei MANIFEST, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79 DM 2,50 (enthält eine Einschätzung des eigenen Vorgehens, genaue Analysen der NEUEN HEIMAT, der Rolle der Springerpresse, des Polizeiapparats und des § 129)

PF

„Listen von Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftern"

Die hessische CDU weist Gerüchte über geheime Absprachen mit der NPD zurück / Von Alfred Behr

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG — Dienstag, 29. Januar 1974

Zehn Monate vor der nächsten Landtagswahl in Hessen kletterten die südhessischen Sozialdemokraten in den Ring und eröffneten den Wahlkampf mit einem Schlag gegen die CDU, der den Gegner zwar traf, aber nicht von den Beinen riß: Die CDU habe, so die SPD, geheime Absprachen mit der NPD getroffen und ihr Finanzhilfe angeboten, wenn die Nationaldemokraten bereit seien, ihre Kandidaten vor der Wahl zurückzuziehen und für die CDU zu stimmen. Die Christdemokraten konterten und sprachen von einem Greuelmärchen, das Radio Moskau in die Welt gesetzt habe.

Von jener Rundfunkmeldung aus der Sowjetunion wissen die südhessischen Sozialdemokraten nach eigenen Angaben nichts. Von der angeblichen Geheimbündelei zwischen CDU und NPD hätten sie zum ersten Male am 5. Januar erfahren, als das DKP-Organ „UZ" und die linksgerichtete Wochenzeitung „Die Tat" gleichzeitig entsprechende Meldungen veröffentlichten.

Die SPD verhielt sich nach ihrer Darstellung zunächst einmal still. Sie habe das Thema erst wieder aufgegriffen, als sich der Informant dieser beiden Blätter schließlich bei ihr meldete. Der Bitte des Mannes um Wahrung seiner Anonymität entsprach die SPD. Aber sie ließ sich zur eigenen Rückendeckung von dem Informanten eine eidesstattliche Versicherung für die Richtigkeit seiner Aussagen geben und verlangte von ihm zusätzlich die Bereitschaft, notfalls vor einem ordentlichen Gericht seine Angaben zu beschwören.

Der Zeuge berichtete, er sei von einem ihm bekannten NPD-Mitglied am 18. Dezember letzten Jahres in die Villa eines Werbekaufmanns in der Frankfurter Klaus-Groth-Straße mitgenommen worden. In dem Haus seien etliche maßgebende Nationaldemokraten zusammen gewesen, unter ihnen der stellvertretende Bundesvorsitzende Buck und der hessische NPD-Führer Quintus. Zu ihnen sei später das Frankfurter CDU-Mitglied Karl-Friedrich Grau gestoßen. Grau habe den NPD-Leuten eindringlich nahegelegt, ihre politische Eigenständigkeit aufzugeben und in die CDU/CSU überzutreten. Die Lage in Deutschland verlange, daß alle national Bewußten jetzt zusammenstünden.

Grau, so erzählte der Informant weiter, habe seinen Gesprächspartnern dargelegt, es stehe ein Aufstand vor der Tür, und da mittlerweile auf Gerichte und Polizei kein Verlaß mehr sei, sollten die nationalen Kräfte zur Sicherung von Ruhe und Ordnung Bürgerwehren gründen. Wenn die Not es gebiete, müsse den Rebellen auch mit Waffengewalt Widerstand geleistet werden. Um dem Einwand zu begegnen, es könne möglicherweise auf die Falschen losgeschlagen werden, soll Grau — nach Darstellung des SPD-Informanten — wörtlich geäußert haben: „Wir haben Listen angelegt von Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftern. Damit kein Unbefugter herankommt, haben wir sie in der Schweiz in Panzerschränken deponiert."

Die Gesprächspartner, so ließ sich die SPD berichten, seien sich schließlich so nahe gekommen, daß der hessische NPD-Vorstand am 4. Januar in Hanau beschlossen habe, die NPD werde bei den Landtagswahlen im November geschlossen für die CDU stimmen. Voraussetzung sei jedoch, daß die CDU-nahe „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" den Landtagswahlkampf der Nationaldemokraten mitfinanziere.

Jetzt beziehen sich die Sozialdemokraten darauf, daß Grau der Geschäftsführer dieser „Studiengesellschaft" ist, der sie nachsagen, sie habe im letzten Bundestagswahlkampf Millionenbeträge in Wahlanzeigen für die CDU/CSU investiert und zähle den bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Goppel zu ihren Gründern. Daß die Gesellschaft, die ihren Sitz unweit der hessischen Grenze im bayrischen Amorbach hat, nichts anderes als eine Tarnorganisation der CDU ist, glaubt die SPD belegen zu können. Sie verweist darauf, daß der hessische Bundestagsabgeordnete Walter Picard aus Nieder-Roden Präsident der Studiengesellschaft ist, daß der CDU-Ostexperte Marx Mitglied im Kuratorium ist und der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Hackenberg als Schriftführer fungiert. Folglich könne das Frankfurter CDU-Mitglied Grau als Geschäftsführer jener Organisation kaum als unmaßgeblicher Beitragszahler der CDU angesehen werden.

Dazu sagte der Bundestagsabgeordnete Picard, Grau habe vor dem Vorstand der „Studiengesellschaft" beteuert, nur als „Privatmann" an einem Gespräch mit NPD-Vertretern teilgenommen zu haben. Dabei habe Grau keinerlei finanzielle Angebote unterbreitet. Grau habe gegen den Informanten der SPD Strafanzeige wegen verleumderischer Behauptungen erstattet und bis zur Klärung der Angelegenheit sein Amt zur Verfügung gestellt.

Es knistert im Knast

Seit hundert Jahren keine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs
Häftlinge protestieren mit Hungerstreik gegen reformbedürftige Methoden in bayerischen Anstalten

Der Knast in Kaisheim (Bayern) war lange Zeit ruhig und unbeachtet – so wie es sich jeder Knastdirektor wünscht. Schweinereien, die sich hinter den ehemaligen Klostermauern abspielen, drangen kaum an die Öffentlichkeit.

Daß hier die Verhältnisse besonders schlimm sind, noch nicht einmal den Stand erreicht haben, den man den „modernen Strafvollzug" nennt, wurde erst jetzt durch den Hungerstreik allgemein bekannt. Die Zahl der Selbstmordversuche ist daher in Kaisheim auch noch größer als anderswo im Knast. Hierzu schreibt ein Gefangener: „Am Wochenende hat im Neubau ein weiterer Gefangener einen Selbstmordversuch gemacht, ein gewisser Manfred M. Das ist der dritte Fall, der mir innerhalb weniger Tage bekannt wurde. Vor Monaten hat sich bekanntlich der Gefangene Felbermeier das Leben genommen. Am 2. 7. 1973 erhängte sich ein Gefangener mit seinem Hosengürtel, nachdem er in eine Isolierzelle verlegt worden war . . ."

Die Folter der Isolierhaft wird in Kaisheim wie anderswo immer dann eingesetzt, wenn sich individueller oder kollektiver Widerstand in Ansätzen zeigt. So war der Gefangene Werner W. 31 Monate ununterbrochen in Totalisolation. Eine weitere Waffe, die Gefangenen kaputtzumachen, ist die Arreststrafe, die völlig willkürlich verhängt wird. Ein Gefangener nach seinem Arrest: „Heute wurde ich aus der Arrestzelle entlassen, einem dunklen, kalten und feuchten Loch. Dieses Loch, in dem man tagsüber ohne Decken und nachts ohne Matratze dahindämmern muß, ohne warmes Essen, ohne Rauchwaren, ohne Zeitungen, ohne Bücher und das ich in fünf Tagen einmal für eine Stunde verlassen durfte, um frische Luft zu schöpfen, ist menschenunwürdig und erinnert an die Zeit der KZs."

weiter → seite 14

Protest gegen die Anstaltsleitung

Gefangene in Kaisheim verkünden Hungerstreik

Kaisheim/Aichach (AZ). In der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (Landkreis Donau-Ries) werden die Gefangenen rebellisch. Sechs von ihnen haben am Montag der Anstaltsleitung schriftlich angekündigt, daß sie ab sofort in einen unbefristeten Hungerstreik treten. Fünf weitere wollen ihnen folgen. Es geht ihnen dabei nicht nur um die untersagten Weihnachtspaketsendungen des „Sozialen Selbsthilfe-Komitees", weshalb in der letzten Woche, wie berichtet, auch ein Insasse der Justizvollzugsanstalt Bernau (Kreis Rosenheim) mit Hungerstreik protestierte. Nach Auskunft der Kaisheimer Anstaltsleitung spielen daneben grundsätzliche Probleme des Strafvollzugs (Entlohnungsfragen, Arrest als Hausstrafe) ebenso eine Rolle, wie die in Kaisheim praktizierten Zensurmaßnahmen bei „Veröffentlichungen pamphletartigen Charakters", Kürzungen der Fernsehzeiten auf ein früher übliches Maß und Beibehaltung der als Hausstrafe verhängten Einkaufssperren auch im Dezember.

Nach dem Hungerstreik in den Zellen

Kaisheim am Rande der Meuterei

Münchner Anwalt richtet Dienstaufsichtsbeschwerde an Bayerns Justizminister Dr. Philipp Held

Kaisheim (hks). Der nach offiziellen Angaben inzwischen eingestellte Hungerstreik, mit dem Häftlinge in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (Landkreis Donau-Ries) auch gegen die „mittelalterlichen Methoden des Strafvollzugs" protestieren wollten, hat zu lautstarken Sympathiebezeugungen außerhalb der Anstaltsmauern geführt. Wie erst jetzt bekannt wurde, sind in der Silvesternacht etwa 20 Personen mit Fackeln vor die Kaisheimer Anstaltsgebäude marschiert, haben Sprechchöre wie „Reißt die Mauern nieder, laßt die Männer frei!" angestimmt und Feuerwerkskörper in die Hofkomplexe geschossen.

Die Häftlinge selbst reagierten mit einem „Höllenspektakel", erinnert sich Oberregierungsrat Josef Bauer, bis zum Jahreswechsel stellvertretender Leiter der Kaisheimer Anstalt. Sie hätten mit ihren Blechgeschirren an die Gitterstäbe geschlagen und teilweise auch brennende Zeitungen aus den Zellen geworfen.



KRITIK an SOLSCHENIZYN:

Nicht für einen liberalen Staat...

Alexander Solschenizyn – und mit ihm die ganze „Bürgerrechts- oder Dissidentenbewegung" in der Sowjetunion – wird bei uns im Westen immer mehr zum Symbol des Widerstands gegen das kommunistische „Unrechtssystem", gegen die „rote Tyrannei". Kaum daß die ersten Zeilen seines jüngsten Buches, „Archipel Gulag", in westlichen Zeitungen erschienen sind, wird es, besonders in der Bundesrepublik, zum Katechismus des Antikommunismus verklärt. Das Buch kommt dem inhaltlich entgegen: soweit aus den bisherigen Auszügen zu entnehmen ist, handelt es sich um eine literarische **Generalabrechnung** mit dem bolschewistischen Terror über-



haupt, und nicht nur mit dem der Stalinzeit. Gerade bei uns, in Westdeutschland, trifft Solschenizyns Buch über den bolschewistischen Terror, über die unzähligen Toten in den sowjetischen Straflagern eine Wunde, die durch den II. Weltkrieg einer ganzen Generation von deutschen Kleinbürgern, Bauern und Arbeitern geschlagen worden ist. Die Erfahrungen der Millionen von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die Millionen von Flüchtlingen aus Ostdeutschland und Osteuropa, die nach dem II. Weltkrieg im Zusammenhang mit der „stalinistischen Revolution auf den Bajonetten der Roten Armee" als wirkliche oder vermeintliche Konterrevolutionäre ausgewiesen wurden oder von selbst das Weite gesucht hatten, all dies hat einen wesentlichen Grundstein für die außergewöhnliche Stärke des Antikommunismus im westlichen Nachkriegsdeutschland gelegt. Kein Wunder also, daß gerade die reaktionären Massenblätter, wie „BILD", jedes Detail aus Solschenizyns Buch genüßlich auswalzen und damit noch einmal die Erinnerung wachrufen. Getroffen werden soll dabei nicht einmal so sehr die sozialdemokratische Entspannungspolitik (auch die CDU/CSU würde sie betreiben müssen, wenn sie in der Regierung säße), sondern vielmehr die Gefahr einer **inneren** revolutionären Entwicklung, eines Erstarkens der revolutionären Linken in Westdeutschland. Daß für das Kapital aller Anlaß dazu besteht, zeigen die Kämpfe der letzten Jahre.

Für Stalins Nachkommen andererseits, die linientreuen Kommunistischen Parteien, ist die Sache ebenso klar wie einfach. Bei allen Veröffentlichungen der sowjetischen Oppositionellen, allen voran Solschenizyn, handelt es sich schlichtweg um „antisowjetische und antikommunistische Greuelmärchen", verfaßt von haltlosen und konterrevolutionären Intellektuellen, die im Westen künstlich hochgespielt werden und in der Sowjetunion bedeutungslos und isoliert sind.

Und warum? Weil – so der MSB Spartakus, der Studentenbund der DKP – „eine Opposition gegen den Sozialismus keine reale Basis hat und weder in der Arbeiterklasse noch in der werktätigen Intelligenz Fuß fassen kann". Das Faule an diesen Argumenten stinkt meilenweit zum Himmel. Wenn die „deutschen Kommunisten" ihren deutschen Arbeitern solche „Wahrheiten" erzählen, wenn sie meinen, die Arbeiter würden diese Plattheiten und plumpen Lügen nur deshalb nicht glauben, weil der überaus geschickte Antikommunismus des deutschen Kapitals ihre Gehirne vernebeln würde, so haben sie zwar eine hohe Meinung von den Kapitalisten, weniger aber von der Arbeiterklasse und am wenigsten von ihren eigenen Fähigkeiten als „Partei der Arbeiterklasse". Die Arbeiter- und Volksaufstände in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956, der Reformkommunismus in der Tschechoslowakei und die sowjetische Intervention im Zeichen des „proletarischen Internationalismus" 1968, die Arbeiterrevolten in Polen 1970/71 und die Aufstände unterdrückter nationaler Minderheiten in der Sowjetunion 1972, all dieser sichtbar gewordene Widerstand der Arbeiterklasse (diese gewalttätige Klassenopposition) gegen die bolschewistische Parteidiktatur existiert als solche für die DKP überhaupt nicht und ist bloßer Ausdruck der „sumpfigen Machenschaften des Imperialismus und seiner Agenten!" War der Antikommunismus in den kapitalistischen Ländern in früheren Zeiten wirklich auf Lügen und konstruierte Greuelmärchen angewiesen – wie etwa auch noch die gegenwärtige Konterrevolution in Chile –, so hat ihm die Sowjetunion durch die Politik Stalins und seiner Nachkommen gerade in Westeuropa das eindruckvollste Tatsachenmaterial an die Hand gegeben. Die Lüge über die sowjetischen Oppositionellen ist der vorläufig letzte Punkt in dieser Kette.

Man sollte von vornherein keinen Zweifel daran lassen: Solschenizyn und Sacharow, um nur die im Westen bekannte Spitze des Eisberges zu nennen, sind von ihren politischen Zielen, von der Art und Weise ihrer Opposition am Sowjetsystem her, Liberale und damit natürlich auf dem Weg zum Kapitalismus. Sacharow scheut sich nicht, den amerikanischen Senat, dieses imperialistische Gangstersyndikat, das Millionen von Toten in Vietnam und in der ganzen Welt auf dem Gewissen hat, als „Hort der Freiheit" um Hilfe anzurufen, scheut sich nicht, „life" in Löwenthals ZDF-Magazin aufzutreten und in das Horn der kalten Krieger zu stoßen etc. Und ähnlich Solschenizyn, für den es schlichtweg um einen weltweiten Kampf der Demokratie gegen die Tyrannei geht, und dem die faschistische Gestapo noch humaner erscheint als die stalinistische Geheimpolizei. Trotzdem – würden Sacharow und Solschenizyn zur Kritik an der Sowjetunion nicht mehr sagen, als in ihren politischen Zielen zum Ausdruck kommt, sie wären bedeutungslose Spinner, die für niemanden eine Gefahr darstellen würden, am allerwenigsten für die Sowjetunion. Aber gerade in Solschenizyns Büchern kommt etwas zum Ausdruck, das seit der Niederschlagung der Kommune von Kronstadt 1921 durch



Zwangsarbeitslager bei Moskau*

* Inschrift über dem Tor: „Die Arbeit in der UdSSR ist Sache der Ehre. Sache des Ruhmes. Sache der Tapferkeit und des Heldentums."

Lenin und Trotzki von der KPdSU systematisch unterdrückt worden ist. Es ist **die Klassengeschichte des russischen Proletariats unter der bolschewistischen Parteidiktatur,** seine Unterdrückungsgeschichte in den stalinistischen Straflagern, seine schonungslose Ausbeutung und Ausplünderung durch barbarische Arbeitsnormen, durch Hunger und eine allmächtige Bürokratie, die im Namen der russischen Revolution gnadenlos jeden Widerstand in den Fabriken erledigte und auf den Knochen der Bauern und Arbeiter die Industrialisierung vorantrieb. Solschenizyns Buch „Ein Tag im Leben des Iwan Dennisowitisch" schildert einen Tag im Leben der russischen Arbeiterklasse unter dem Stalinismus, ein Tag, der im Straflager stattfindet. Und dies kommt nicht von ungefähr, denn die Millionen in den stalinistischen Straflagern waren nur selten wirkliche Konterrevolutionäre, Angehörige der gestürzten Klassen. In der Mehrheit schufteten dort



sondern revolutionären Massenkampf

Kommunisten aller Schattierungen, Sozialisten, Anarchisten, einfache Arbeiter und Bauern, die irgendwo in die Mühlen der Bürokratie geraten waren, nicht zuletzt, weil sie gegen die barbarische Arbeitsbelastung in den Betrieben Widerstand geleistet hatten; Intellektuelle, unterdrückte Nationalitäten und die zahllosen russischen Kriegsgefangenen, die sofort, nachdem sie den deutschen Vernichtungslagern entronnen waren, von Stalins Partei erneut in die sibirischen Lager gesteckt wurden.

An dem Schicksal dieser Kriegsgefangenen zeigt sich, warum der Stalinismus die Massen in die Lager schicken oder gar physisch vernichten mußte. Die russischen Kriegsgefangenen – von den Stalinisten als „Verräter" bezeichnet und abgeurteilt – sie



waren die lebendige Anklage gegen Stalins Pakt mit dem deutschen Faschismus, sie waren eine mögliche Massenopposition gegen die katastrophale Kriegspolitik der Partei in den ersten Jahren, gegen Stalins Vertrauen in Hitler und damit schließlich gegen Stalin selbst und die Partei. Die in den ersten Kriegsjahren geopferten Soldaten aus den Reihen der Arbeiter- und Bauernklasse, sie wurden von den Stalinisten zu „Verrätern" erklärt, um den Verrat der Partei an diesen Soldaten zu verschleiern. Der Stalinismus handelte hier wie immer, wenn er Angst vor den Massen und ihrer praktischen Kritik hatte – er antwortete mit Terror.

Solschenizyns Bücher und die Kritik der Opposition in der UdSSSR leben von diesen Massenerfahrungen und gerade deshalb sind sie auch heute noch, nach der sog. „Entstalinisierung", so gefährlich für die Partei. Schlimmer noch – daß Liberale, indem sie die unterdrückten Erfahrungen, Gefühle und Widerstandsversuche der Massen in der Sowjetunion gegen die „Partei der Arbeiterklasse" ins Feld führen, die Grundfesten des sowjetischen Staatssozialismus gefährden, zeigt, in welchem Ausmaß der Stalinismus und seine Nachfolger in der UdSSR und in Osteuropa die Konterrevolution verkörpern. Der Stalinismus oder genauer noch: der bolschewistische Staatssozialismus war nur eine halbe Revolution, eine Revolution, die zwar die alten kapitalistischen und feudalen Ausbeuter verjagte, die das Privateigentum an Produktionsmitteln vernichtete, aber nur, um dann die Allmacht des Staatseigentums, die Herrschaft der Staats- und Parteibürokratie an die Stelle der alten Ausbeutungsverhältnisse zu setzen. Hier wurde weder etwas von Stalin verraten, wie die Trotzkosisten meinen, noch etwas von Chruschtschow, wie die Maoisten meinen; der Staatssozialismus, getragen von der Kommunistischen Partei, lag von Anfang an in der Politik der Bolschewiki, ob sie nun Lenin, Trotzki oder schließlich Stalin hießen. Stalin hat nur Schluß gemacht mit all den Flausen, die den revolutionären Bolschewisten noch zu eigen waren, und so folgten sie einige Jahre später zu Hunderttausenden den Anarchisten und Sozialrevolutionären auf dem Weg in die stalinistischen Straflager Sibiriens.

Bleibt die Frage, warum dies alles, warum vermochte sich der Stalinismus mit seinen verhängnisvollen Folgen für die internationale Arbeiterklasse und das russische Proletariat schließlich durchzusetzen? Solschenizyn gibt uns darauf keine Antwort, er bleibt allein bei der schonungslosen Darstellung des Systems selber stehen. War der Terror unter Stalin nur Ausdruck eines kranken Gehirns, war dieser „größte Sohn des Weltproletariats", dieses „einzigartige Genie" und was an triefender Lobhudelei damals noch alles über Stalin von Kommunisten verbraten wurde, war diese ganze Zeit nur „ein Auswuchs des Personenkults"? Die DKP und alle anderen Linientreuen scheinen dies ernsthaft zu glauben. Daß die Geschichte, die Kämpfe der Klassen oder gar Revolutionen von machtlüsternen Tyrannen gemacht





werden, von großen Männern, die Fehler begehen oder auch nicht, dies noch als Marxismus auszugeben, dazu gehört schon die ganze Verrottetheit der Nachfolger Stalins. Indem man Stalins Leiche verbrannte und ihn zum allein Schuldigen erklärte, blieb das gesellschaftliche System, dessen Ausdruck er

Brecht über Stalin (aus Meti):

Selbstherrschaft des Ni-en

Me-ti sprach mit Kin-jeh über Ni-en, der die Selbstherrschaft ausübte. Me-ti sagte: Mi-en-leh, als dessen Schüler man Ni-en betrachten muß, dachte vor der großen Umwälzung, daß die Arbeiter den Bürgern helfen mußten, sich vom Kaisertum zu befreien. Die Arbeiter selbst schienen ihm noch nicht imstande, in einer Volksherrschaft die große Maschinerie aufzubauen. Später verschafften sich die Arbeiter unter seiner Führung die Herrschaft, aber schon sein Nachfolger Ni-en trat genau wie ein Kaiser auf. Die Rückständigkeit des Landes Su, von der Mi-en-leh immer gesprochen hatte, zeigte sich darin doch noch. Die große Maschinerie wurde nicht von den Bürgern in einer Volksherrschaft, sondern von den Arbeitern unter einem Kaiser aufgebaut. Kin-jeh fragte: Wie erklären Sie das? Me-ti sagte: Die Arbeiter kämpften mit den Bauern. Am Anfang hatten sie wenigstens unter sich Demokratie, aber bei Verschärfung der Kämpfe sonderte sich der Staatsapparat ab von der Arbeiterschaft und nahm eine rückständige Form an. Ni-en wurde für die Bauern ein Kaiser, als er noch für die Arbeiter ein Sekretär war. Dann wurde er auch für die Arbeiter ein Kaiser, als sich unter ihnen Klassenkämpfe anspannen. Kin-jeh fragte: Könnte man einen Fehler Ni-ens bezeichnen? Me-ti sagte: Das er die Organisation der Planarbeit zu einer ökonomischen, statt zu einer politischen Sache machte, war ein Fehler.

Lenin in Gorki 1922







Polnische Panzer, demonstrierende Arbeiter in Stettin: „Die Leute haben das Vertrauen zur Partei verloren"

war, unangetastet. Warum also dieser Terror, warum Millionen Tote und Gefangene? Weil unter der Oberfläche des „Aufbaus des Sozialismus", hinter dem Bild der „siegreichen kommunistischen Revolution" in Rußland der Klassenkampf tobte und die Revolution noch lange nicht gesiegt hatte. Sie wurde 1917 von den Massen der Bauern und Arbeiter getragen, die in diesem Kampf ihre eigenen revolutionären Selbstverwaltungorgane geschaffen hatten, die Sowjets. Organisiert aber wurde der weitere Verlauf der Revolution von der bolschewistischen Partei. Diese setzte von Anfang an nicht auf die Selbstverwaltung der revolutionären Massen, auf die Kraft ihrer autonomen Organisationen, sondern auf die Kraft eines „revolutionären" Staatsapparates, einer „Roten Armee", die sich in ihrem Aufbau nur wenig von den traditionellen bürgerlichen Armeen unterschied, auf eine Wirtschaftsstruktur und auf Betriebe, in den Plankommissionen und Direktoren das Sagen und die Arbeiter und Bauern das Schuften hatten. Dieser Staatssozialismus, der, unter Ausschaltung der Massen, nur auf ihrer Ausbeutung sich entwickeln konnte, wurde von den revolutionären Arbeitern und Bauern nicht widerstandslos hingenommen. Millionen in den Betrieben und auf dem Land verweigerten die Normen, zeigten sich „aufbauunwillig", ja rebellierten offen in Streiks und Hungeraufständen und Millionen mußten vom bolschewistischen Staat in die Lager geschickt oder erschossen werden. Und da die Kommunistische Partei noch die einzige Organisationsform war, in der die alten Kader der revolutionären russischen Bewegung überlebt hatten, schlug dieser Kampf der Klassen dort in interne Fraktionskämpfe um, Kämpfe, bei denen es schließlich um Sein oder Nichtsein ging. Stalin vertrat am ungebrochendsten die Interessen der neuen „herrschenden Klasse", der Bürokratie des Staatssozialismus, und sie hat sich schließlich als die Siegerin der Russischen Revolution erwiesen. Die anderen Fraktionen wurden erschossen.

Solschenizyns Kritik am stalinistischen Staatssozialismus macht sich vor allem an der Allmacht des Staates, an der uneingeschränkten Macht der Bürokratie, an der direkten Beeinflussung der Justiz durch den Staat, an dem Verlust jeder Form von „Rechtsstaatlichkeit" fest. Und seine Alternative zielt folglich auf eine Wiedererrichtung des „liberalen Rechtsstaates" und damit auch seines ökonomischen Unterbaus – der kapitalistischen Wirtschaft – ab. Verträumt blickt er auf den „freien Westen", wo ein Schriftsteller nach Lust und Laune schreiben und veröffentlichen darf – solange er gesellschaftlich bedeutungslos bleibt. Versucht er die Gesellschaft radikal zu verändern (Solschenizyns Absicht in der Sowjetunion), so ist er vom Gefängnis oder schlimmerem nicht mehr allzu weit entfernt. Solschenizyn jammert dem Verlust jeder Form von „Rechtsstaatlichkeit" hinterher – soll er sie doch einmal in einer deutschen Fabrik suchen, die „Rechtsstaatlichkeit", wenn es um die Beseitigung der Ausbeutung, um den Widerstand der Arbeiter geht! Er fordert die unabhängige Justiz – aber wer macht bei uns die Gesetze, wen und was schützen diese Gesetze, die Arbeiter etwa vor der Ausbeutung? Er fordert die Religionsfreiheit; gilt dies für die Religion, die die Massen in zwei Weltkriege gehetzt hat und ihren Waffen noch den göttlichen Segen versprach? Kurzum: Solschenizyn fordert den **„guten Staat"**, ohne zu sehen, daß dieser auf Ausbeutung, Klassenherrschaft und Unterdrückung der Massen beruht und daß dieser gute Staat nur das Schönwettergesicht des Kapitalismus ist, solange die Arbeiterklasse stillhält. Rührt sie sich, versucht sie ihre Fesseln zu sprengen, so verwandelt sich der gute, liberale Staat in den **Faschismus**, ob in Deutschland, Spanien oder jüngst in Chile. Solschenizyns Alternative zum Stalinismus ist falsch – würde sie Wirklichkeit, so begänne für die Arbeiterklasse die ganze Scheiße wieder von vorn.

Noch schweigt die von der Bürokratie geknebelte russische Arbeiterklasse; wenn sie erst einmal sprechen wird, so wird dies nicht „rechtsstaatlich" und „liberal" sein, wie Solschenizyn meint, sondern gewalttätig und revolutionär – gewalttätig gegen den bürokratischen Staatssozialismus und revolutionär gegen den weltweiten Kapitalismus.

Genossen vom RK



Portrait eines Monopolbürokraten

In deinem Land ist die Revolution
Lebendig
Begraben, Genosse, du feierst zu früh, zu
Lange schon dauert der Leichenschmaus
Den Kellnern und Köchen.
Von deinen Lippen wehn uns die Fahnen
Aus Rotwein. Ja, schön ist es
Das Wort zu ergreifen im Klassenkampf
Der Trinksprüche. Die Macht
In der Tasche, vor Augen den Herzinfarkt
So sehn wir dich die umkämpfte Stellung halten
Hinter den Bankett-Barrikaden.

Warum säufst du dich tot für uns?
Warum frißt du dich krank für uns?
Warum redest du dich kaputt für uns?

Verraten deine Spitzel dir nicht
Was die Männer von der Müllabfuhr sagen
Wenn sie dich vorbeiflüchten sehn
In einer Kolonne aus kugelsicheren
Staatslimousinen, versteckt hinter Gardinen
In den nächsten Bürobunker? Achtung!
sagen die Männer von der Müllabfuhr:
Bonzenschleudern!

Verjagt sind die Ausbeuter
In den Fabriken schuftet das Volk
Dem Volk gehören die Fabriken, aber
Wem gehört das Volk?!

Die Arbeiter schützen sich vor deiner Rache, warum sonst
Halten sie in der Kantine die Hand vorn Mund
Wenn sie einen Witz über dich erzählen?
Die Zeitungsschreiber verachten dich
Denn so übertrieben loben sie dich
Daß jeder Plattkopf über dich grinsen muß.
Die Kinder fürchten sich vor dir: In der Schule
Gibt es Ärger und schlechte Noten, wenn sie sagen
Was sie zuhaus über dich aufgeschnappt haben.

Warum geht dir das Volk so auf den Wecker?
Warum schlägt dir die Wahrheit so auf den Magen?
Warum ärgert dich die langhaarige Trauer der Jugend?
Dieses Gedicht, warum empört es dich?
Warum äffst du die Bourgeois nach?
Warum zitterst du so vor der Diktatur
Des Proletariats?

Wolf Biermann

KNAST

Fortsetzung von S. 11

Schon lange versuchten Gefangene Widerstandsaktionen zu organisieren, um der Knastleitung zu zeigen, daß man Menschen, die zusammenhalten, nicht so einfach kaputtmachen könne. Als Weihnachten dann noch alle Weihnachtspakete des SSHK (Soziales Selbsthilfe-Komitee) beschlagnahmt wurden, mit der Begründung, daß SSHK stünde im Verdacht, eine kriminelle Vereinigung zu sein, war es dann genug: 11 Gefangene traten in den Hungerstreik und stellten ihre Forderungen an die Knastleitung: Abberufung von Döschel (Vertreter der Knastleitung) – Zulassung der Weihnachtspakete des



SSHK – gerechte Arbeitsentlohnung – Wegfall der Leistungsprämien, die nur ein Druckmittel für Wohlverhalten sind – Aufhebung der Beschlagnahme politischer Schriften – Aufhebung der Einkaufssperren zu Weihnachten – Abschaffung der Arreststrafe – Entfernung der Naziliteratur aus der Bücherei.

Die Knastleitung versuchte, den Streik völlig zu negieren; es gab zunächst keine Isolierung, keinen Wasserentzug, keine Arreststrafen. Erst als immer mehr Gefangene die Aktion zur Kenntnis nahmen und sich hinter sie stellten, wurde die Taktik geändert. Zur Reaktion der Gefangenen schreibt einer der Streikenden: „Die Aktion findet – ohne Übertreibung – hier mindestens bei 90 % der Gefangenen begeisterte Aufnahme. Man bot uns Unterstützung an, klopfte uns auf die Schulter und machte eine geballte Faust. Ablehnung erhielten wir nur von den ‚Vertrauensgefangenen', d. h. Kammerbullen, Oberhauseln und z. T. vom Gefangenenbeirat, der von der Anstalt ernannt wird."

Daraufhin wurden vier der am Hungerstreik Beteiligten total isoliert, sie durften ihre Zellen nicht einmal mehr zum Hofgang verlassen. Der stellvertretende Knastdirektor: „Wir konnten uns doch keine Meuterei größeren Stils leisten." Ein Gefangener: „Sie können nicht verstehen, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben; sie können nicht verstehen, daß ihre christlich-konservative oder rechtsautoritäre Weltanschauung schuld ist an den Verhältnissen; daß sie unfähig sind, jemals etwas zu lernen, umzudenken; daß die Zeit gekommen ist, um dieses System zu zerschlagen, ehe wir alle kaputtgehen."

Um zu verhindern, daß die Streikfront abbröckelt, die Geschlossenheit zerstört wird, wurde am 24. 12. 1973 der Hungerstreik abgebrochen.

Am 31. 12. 1973 zog dann eine Gruppe von Genossen nach Kaisheim, zündeten Fackeln und Feuerwerkskörper an und riefen: „Freiheit für alle Gefangenen!", Solidarität mit dem Hunderstreik!", „Reißt die Mauern ein und laßt die Menschen frei!". Sofort war der ganze Knast wach, Bravorufe schallten aus den Zellen, bis schließlich mehrere hundert Gefangene ihre Töpfe an die Gitter schlugen und in die Sprechchöre von draußen einstimmten.

Ein Gefangener berichtet: „Am 31. 12. 1973 erschien eine Gruppe von ca. 20 Mann vor dem Neubau mit Fackeln und Sprechchören und der Zellenbau drüben hat im Chor mitgeschrien und mitgetobt. Welch gewaltiger Unterschied seit dem Mai-Gastspiel, wo wir hinterher von allen Seiten angemeckert wurden, was der Blödsinn bedeuten soll (damals wurde von draußen zu Aktionen aufgerufen, ohne daß die Gefangenen selbst etwas gemacht hatten). Heute bekam ich von allen Seiten freudige Zustimmung. Einige meinten, das hätte sie richtig aufgemöbelt. Alles in allem hat es uns hier sehr geholfen und vor allem einigen auch den Mut zum Weitermachen gegeben. Wir dürfen aber nicht ausruhen, sondern müssen darauf aufbauen und weitermachen."



PERSISCHES



Im März dieses Jahres reiste Willy Brand (Friedenskanzler) zu den persischen Faschisten. Diese Reise, eingerahmt von politischen Morden an Gegnern der Schahdiktatur, Antiimperialisten und DEmokraten, leitete umfangreiche deutschpersische Ölverhandlungen und eine rapide Steigerung der westdeutschen Investitionstätigkeit im Iran ein. Kurz nach dem Besuch des Bonner Bundeskanzlers wurde eine Visite des damaligen Wirtschaftsministers Schiller angekündigt. „Tanken beim Schah", das war, angesichts der sich abzeichnenden Ölknappheit auf dem Weltmarkt, der große Schlager. Bald verhandelte der persische Wirtschaftsminister Ansary in Bonn. Und mehrfach bereits begab sich Bundeswirtschaftsminister Friedrichs vor den Pfauenthron, um die Ölverhandlungen weiterzutreiben. Die Beziehungen zwischen der BRD und dem Iran freilich waren nicht immer so rosig.

Der Schahbesuch in der BRD im Sommer 1967 hatte hier zahlreiche Demonstrationen gegen die politischen Verfolgungen im Iran ausgelöst. Bei einer dieser Demonstrationen kam es zu Massenschlägereien zwischen Demonstranten einerseits, der Westberliner Polizei und Geheimagenten des SAVAK andererseits, die im Gefolge des Schah bundesrepublikanisches Territorium betreten hatten. Der Westberliner Polizist Kurras erschoß dabei den Studenten Benno Ohnesorg.

Durch diesen „unfreundlichen" Empfang verschlechterten sich die deutsch-persischen Beziehungen rapide. Die Auseinandersetzungen um den Schahbesuch wurden zum Anlaß einer relativ guten Unterrichtung der Öffentlichkeit über die politischen Verfolgungen im Iran, über die Situation der Bevölkerung dort, aber auch heftiger Kritik an dem unbehelligten Treiben ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden. Die Fälle, in denen der SAVAK persische Oppositionelle unter Druck setzte, häuften sich bedrohlich.

Obwohl die Hoffnungen der BRD auf regierungsoffizielle Wirtschaftsabkommen wegen der Verärgerung des Schahs vorerst als gescheitert betrachtet wurden, entwickelten sich die privatwirtschaftlichen Aktivitäten bundesrepublikanischer Konzerne in Persien ganz beachtlich. Auch wurde mit Entwicklungshilfekrediten nicht gespart. Es wurde gar ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen.

Zu erneuten Spannungen kam es anläßlich der Jubelfeiern zum 2 500jährigen Bestehen der Monarchie. Wieder waren Hunger, Repression und Folter in Persien Gegenstand verschiedener Presseberichte. Bundespräsident Heinemann, der die BRD bei diesem Fest vertreten sollte und der Kritik an dieser Reise mit der durchsichtigen Rechtfertigung begegnete, der Iran sei „eines der politisch wichtigsten Länder des Vorderen Orients und gleichzeitig die größte Wirtschaftsmacht dieser Region" (FAZ, 18. 8. 1971), kniff im letzten Augenblick und schickte Bundestagspräsidenten von Hassel als Vertretung. Obwohl die BRD damals schon mehr als eine MIlliarde DM privat im Iran investiert hatte, wurde der bundesrepublikanische Delegierte von den Hoheiten bewußt geschnitten: aus dem Aristokraten wurde ein schlichter Herr Feuhausel: eingestuft „unter ferner liefen" mußte er seinen Schlafplatz mit einem Ölscheich teilen. Der so Gemaßregelte erwies sich als gelehriger Schüler. Zurück in der Bundesrepublik machte er die Berichterstattung und die „Stimmungsmache" gegen den Schah durch einige persische Studenten für die Entfremdung zwischen beiden Ländern verantwortlich (vgl. FR, 8. 11. 1971).

Seit dem Besuch willy Brandts in Persien freilich hat sich einiges geändert. Berichte über Folter, Repression und Ausbeutung in Persien sind aus bundesrepublikanischen Publikationen verschwunden. Stattdessen geht es ums Öl und immer wieder ums Öl und die märchenhaften Aussichten auf Riesenprofite für die großen Konzerne. Der Ölvertrag zwischen der sozialliberalen Koalition und dem Pfauenthron, über den seit der Persienreise Brandts verhandelt wurde, ist eine Art Garantieschein für die ungestörte Abwicklung bundesrepublikanischer Ölversorgung. Nicht nur wird sich das investierte Anfangskapital innerhalb kürzester Zeit amortisieren, denn billige Arbeitskräfte stehen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Auch die Absatzmärkte sind ausbaufähig und – was wichtiger ist – die politische Situation ist „stabil".

Die persische Hilfe für die bundesrepublikanische Ölversorgung ist natürlich nicht gratis. Anders als 1967, als die BRD nach dem Verlust der kaiserlichen Gunst zusehen mußte, wie verschiedene für deutsche Firmen vorgesehene Lizenzen an englische, französische und italienische Unternehmen vergeben wurden, hat es der Friedensnobelpreisträger verstanden, seine Majestät bei der Stange zu halten. Denn Bonns Gegenleistungen sind nicht nur Lieferungen und Installation von Industrieanlagen am Persischen Golf. Während Brandt in Teheran weilte, meldete die FAZ (4. 3. 1972): „Iran wünscht schärfere Überwachung persischer Schahgegner in Deutschland". War für die BRD der vom Iran angebotene Erdölpakt von höchster ökonomischer und politischer Bedeutung, so befaßte sich der Schah vor der Presse nur am Rande mit praktischen Problemen der Zusammenarbeit und kam immer wieder auf die Gefahr der ‚internationalen Subersion' gegen den Iran zurück. In bestimmten Kreisen seien in der letzten Zeit Kritik und Beleidigungen gegen den Iran vorgebracht worden, doch hätten diese Leute einen ‚dekadenten, negativen, ja nihilistischen Standpunkt' (FR, 8. 3. 1972). Aber die „Verstimmung Teherans über die Tätigkeit iranischer Studenten in der Bundesrepublik", so wurde weiter berichtet, „sei dadurch ausgeräumt worden, daß die deutsche Delegation Schritte zur Verschärfung des Ausländerrechts in Aussicht gestellt habe". Diese Attacke seitens der persischen Faschisten gegen die Rechte





von Ausländern in der BRD freilich kamen für Willy Brandt nicht unerwartet. Denn schon bevor er die Reise machte, hatte Howeida via „Stern" und „Welt am Sonntag" der Bundesregierung vorgeworfen, „sie lasse sich von linksgerichteten iranischen Studenten zu einem Hort antiiranischer Aktivitäten machen" (FR, 7. 3. 1972) und erklärte nicht etwa das Ölgeschäft, sondern die Ausschaltung der iranischen Opposition zur Hauptfrage der Gespräche in Teheran.

Auf solche massiven Einmischungen in die inneren Angelegenheiten reagierte die BRD-Delegation angeblich mit „Gleichmut und Selbstbewußtsein" (ebd.), doch das erwünschte Wohlverhalten ließ nicht lange auf sich warten. Zu viel des schwarzen Goldes stand auf dem Spiel.

Daß unmittelbar vor und während der Ölgespräche 19 persische Oppositionelle offiziell hingerichtet wurden, daß gleichzeitig mehr als 90 Perser vor einem Teheraner Militärgericht als angebliche Mitglieder subversiver Organisationen auf hohe Strafen warteten, das alles konnte den Friedensnobelpreisträger nicht aus der Ruhe bringen, obwohl er wußte, was nach persischer Auffassung Subversion ist. Denn es stand in der FAZ.

Der SAVAK hatte Ende 1970 auf offener Straße den Dolmetscher eines Amnesty International Anwalts und ehemaligen Studenten in der BRD gekidnappt. Nachdem bekannt geworden war, daß damals über 20 000 politische Gefangene im Iran unter den Foltern des SAVAK zu Geständnissen gezwungen oder getötet wurden, und daß in geheimen Militärtribunalen langjährige Freiheits- und Todesstrafen verhängt wurden, hatte selbst die liberale Öffentlichkeit die Entsendung von Beobachtern nach Persien verlangt. Um dieser Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatten persische Studenten für einige Stunden das Generalkonsulat in München besetzt. Schon vor den Gesprächen in Teheran berichtete die FAZ von der Verurteilung Rezais zu zehn Jahren Kerker wegen „Spionage, Subversion und Sabotage". Aber mehr noch, neben der Rechtfertigung und Verniedlichung des regierungsoffiziellen Terrors versuchte sie die Regimegegner unglaubwürdig zu machen. Damals berichtete dieses Weltblatt über die Massenprozesse in Teheran, die bekanntlich ohne jegliche Öffentlichkeit stattfanden: „Persischen Journalisten sind die Türen der Militärgerichte nicht verschlossen" natürlich nicht, denn welcher persische Journalist könnte dort schon die Wahrheit schreiben oder Kritik üben. Und: „Es finden auch keine Massenprozesse statt", denn, so die FAZ (25. 3. 1972) „die verhafteten Terroristen sind in kleine Gruppen aufgeteilt worden". Die Gewohnheit, bei „Vergehen gegen die Staatssicherheit" keine Zeugen zu vernehmen, wertete die FAZ als Beispiel vorbildhafter Unbestechlichkeit, denn, „in mittelöstlichen Diktaturen hat es der Justiz niemals Mühe bereitet, bei politischen Schauprozessen mit Hilfe von Handgeldern, Drohungen und moralischem Druck ganze Heerscharen von Belastungszeugen aufmarschieren zu lassen". Und über die Entlastungszeugen schreibt das Weltblatt weiter: „Würde es der Gerechtigkeit dienen, wenn der Staatsanwalt und die Verteidiger an den persischen Militärgerichtshöfen bei jedem Prozeß Analphabeten als Zeugen vorführten? "

Das Wohlverhalten hat sich gelohnt, das bestätigte Seine Kaiserliche Hoheit höchstpersönlich anläßlich eines Gesprächs mit westdeutschen Journalisten während des letzten Besuchs von Bundeswirtschaftsminister Friderichs: „Dank der Massenmedien waren unsere Beziehungen sehr schlacht. Ich meine damit nicht nur die verantwortliche schreibende Presse, und ich weiß auch gar nicht, wie das alle passieren konnte in einem Land, das ganz natürlich und immer noch diszipliniert ist. Auch bei Ihnen gibt es diese verrückten Kerle, Ihre landeseigene Sorte Hippies, europäische Hippies sozusagen, denn überall sind sie ein bißchen anders. Aber das ist ja inzwischen alles vorbei. Hoffe ich jedenfalls, für mich und für Sie. Seit dem Besuch von Bundeskanzler Brandt haben die Dinge begonnen, sich zu ändern. Und jetzt bei dem Besuch von Minister Friderichs denke ich, haben wir uns verstanden und auch begriffen, wie gut wir zusammenarbeiten können." (Hessischer Rundfunk, 23. 10. 1973)

Der Friedenskanzler hat Wort gehalten. Inzwischen wurde das Ausländergesetz verschärft, die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz erleichtert. Immer wieder sind persische Studenten von der Ausweisung



Jubelfeier zum 2500jährigen Bestehen: Ölunruhen, Protest gegen Ausbeutung

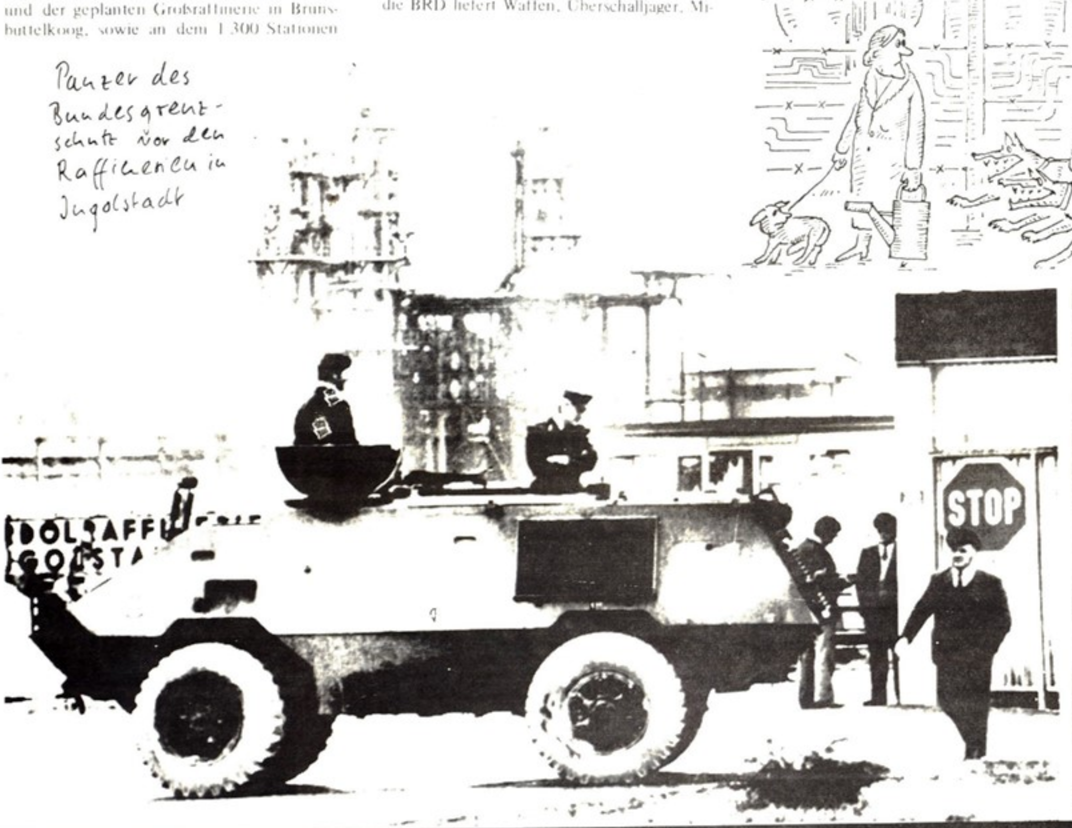
Fortsetzung von S. 15

bedroht. Und eine Aufenthaltserlaubnis kostet inzwischen 1 200 DM Abschiebegebühr – es konnte den BRD-Behorden ja eines Tages zu teuer werden. Nachdem Reza Pahlavi so zufriedengestellt wurde, lautet die offizielle Tauschformel des deutsch-persischen Milliardenprojekts nur noch „Öl gegen Investitionen". Danach werden deutsche Konzerne zwei Ölraffinerien errichten, eine in der BRD und eine im Iran, die Thyssen nach Plänen der amerikanischen Engineering-Firma Fluor fur ca. 800 Mill. Dollar im Persischen Golf baut. Die vorgeschossenen Kredite zahlt der Iran innerhalb von 15 bis 20 Jahren mit dort verarbeitetem Öl zu Weltmarktpreisen zurück. Entsprechende Pipelines mussen noch gebaut werden. Abnehmer dieses Öls werden voraussichtlich der zu 40 % dem Bund gehorende VEBA-Konzern, die Gelsenberg AG oder UK Wesseling sein. Die Essener Ruhrgas AG verhandelt zur Zeit uber den Kauf von Erdgas aus Sudpersien, das entweder uber Pipelines durch die Turkei oder durch die Sowjetunion in die BRD gelangen soll. Dazu kommt die Beteiligung persischen Kapitals in der BRD, der NIOC an der VEBA-Raffinerie in Emden und der geplanten Großraffinerie in Brunsbuttelkoog, sowie an dem 1 300 Stationen umfassenden Tankstellennetz und der Tankerflotte. Obwohl das Engagement westdeutscher Konzerne im Iran seit langem ganz erheblich ist, stellt man jetzt fest: „Noch nie war das Interesse der deutschen Industrie im nahostlichen Kaiserreich großer als zur Zeit." (Zeit, 19. 10. 1973) Zahlreiche Großprojekte im Bereich der Stahl- und chemischen Industrie (DEMAG, Thyssen, Flick, Krupp) sind derzeit in Arbeit. In keinem Nicht-EWG-Land haben sich deutsche Banken so zahlreich niedergelassen wie im Iran (. . .) Kaum ein Land außerhalb Europas erhielt so märchenhafte Summen bundesdeutscher Entwicklungshilfe. Besonders delikat ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß die Milliardenbeträge in die Kassen der Kompradoren und Großkonzerne fließen, wahrend fur die Ruckzahlung das ganze persische Volk zur Kasse gebeten wird. „Das persische Wunder" (Außenhandelsdienst) ist aber nicht nur okonomisch. Neuerdings machen Waffenkaufe Schlagzeilen. Dafur zahlte der Schah schon in diesem Jahr fast 6 Mill. Dollar. Er kaufte selbst Laserbomben (FR, 4. 4. 1973), schloß mit dem Pentagon die bisher großten Waffenlieferungsverträge und importierte Kampfhubschrauber, Jagdbomber, Überschallabfangjager usw. Auch die BRD liefert Waffen, Überschalljager, Militarfahrzeuge, Handfeuerwaffen. Sie hat nach der UNO, den USA und Frankreich die meisten Experten im Iran stationiert. Sie weicht vom Grundsatz, Kriegswaffen nur in NATO-Lander zu liefern, nur in zwei Fallen ab: die Ausnahmen sind Brasilien und Iran, so jedenfalls die offizielle Version. Kurzlich erhielt der Schah sogar eine Munitionsfabrik und Maschinen zur Herstellung von Panzerabwehrraketen, daneben Maschinengewehre usw. Die massive Aufrustung soll dem Westen auch noch die Ölquellen sichern, auch in den Scheichtumern am Golf und dort ein militarisches Kontrollzentrum entstehen lassen. Wer den Schah zum Freund hat, der hat im Nahen Osten einen festen Stutzpunkt, eine sichere Ausgangsbasis fur die Kontrolle der Ölquellen der umliegenden Lander. Wahrend nach 1948 vor allem Israel die Hauptbasis des Imperialismus im Nahen Osten war, wurden nach und nach die Turkei und der Iran zu lebenswichtigen Stutzpunkten. Der Iran leistet fur den Imperialismus zweierlei: er ist militarische und okonomische Expansionsbasis seiner Interessen zugleich. Die wichtigste Bedingung dafur ist die politische Stabilität, die Niederschlagung der Opposition. Im Iran besorgt das der Schah nach seiner Methode. Die offiziell bekanntgegebenen Hinrichtungen wurden in jungster Zeit nur durch den faschistischen Terror in Chile ubertroffen. In der BRD ist die Verfolgung verfassungsmaßig abgesichert.

Ein revolutionares Persien ist nicht im Interesse der internationalen Ausbeuter, der Imperialisten, nicht im Interesse der Konzerne und auch nicht in dem der Regierungen. Aber in unserem!

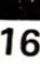
(aus IRAN-Report Dez. 1973

Panzer des Bundesgrenzschutz vor den Raffinerien in Ingolstadt





„. . . die waren alle mal in der westdeutschen Autobranche tätig, bevor sie als Gastarbeiter zu uns kamen"





Mitte Januar waren Christoph Z. (13) und sein 11-jähriger Bruder Michael aus München von zuhause abgehauen und über 1000 Kilometer bis nach Genua gefahren

Auch Kinder wollen ALLES

Während sie in Mamas Auto gen Süden kutschierten, suchten in Bayern tausende Polizisten nach ihnen

AZ: Warum seid ihr ausgerissen?

CHRISTOPH Z. (13): Uns hat es in Deutschland nimmer gefallen. Darum hab ich mir überlegt: Ich hau' ab. Montags habe ich noch mit meinem Bruder darüber geredet. Er war der selben Meinung wie ich. Wir haben unseren Rucksack gepackt und haben uns am Montag um 24 Uhr ans Steuer von Mutters Auto gesetzt.

AZ: Deine Eltern haben nichts gemerkt?

CHRISTOPH: Nein, und daraus kann man ihnen keinen Vorwurf machen. Ich wäre auch aus einem schwerst bewachten Haus herausgekommen. Da die Entscheidung gefallen war, konnte mich keiner mehr halten.

„Vater ist kein Autoritätsbolzen"

AZ: Habt ihr keine Nachricht hinterlassen?

CHRISTOPH: Nein.

AZ: Versteht ihr euch nicht gut mit euren Eltern?

CHRISTOPH: Och, ganz normal. Mein Vater ist zwar Lehrer und Buchhändler, aber kein Autoritätsbolzen.

AZ: Hattet ihr Geld?

CHRISTOPH: Nein, wir sind einfach losgefahren. Über Garmisch, Mittenwald, Innsbruck, über den Brenner. Dort hat uns keiner kontrolliert, es war ja nachts und ich sehe schon ziemlich erwachsen aus, bin schließlich 163 groß. Meinen Bruder hätte ich nicht ans Lenkrad lassen dürfen, er reicht nicht übers Lenkrad.

„Wir wollten an die Riviera"

AZ: Wieso könnt ihr überhaupt Autofahren?

CHRISTOPH: Wir durften manchmal das Auto in die Garage fahren.

AZ: Hattet ihr ein bestimmtes Ziel?

CHRISTOPH: Na ja, wir wollten an die Riviera.

AZ: Seid ihr schon einmal in Italien gewesen?

Christoph. Ja, letztes Jahr in Alassio. Das war ganz nett, aber uns war nicht so wichtig wohin, wir wollten hauptsächlich weg, nicht nur wegen der Schule, die stinkt uns beiden. Wir gehen in München aufs Ludwigsgymnasiums und weil ich die Oberschule sowieso nicht schaffen werde, ist es eh wurscht, daß ich abgehauen bin. Mir gefällt außerdem das ganze Staatssystem nicht. Das ist vielleicht Idealismus von mir, aber ich sehe nicht ein, warum ich weniger haben soll, als meinetwegen ein Rothschild. Es ist doch so: Früher haben alle Menschen nur von dem gelebt, was die Natur lieferte, dann hat irgendeiner angefangen und hat die Obstbäume eingezäunt und wenn ich nun davon was will, muß ich was für ihn tun, das finde ich nicht gerecht. Und in Deutschland ist es so, wenn ich keine Oberschule habe, bin ich ein ganz armer Hund. Dann wende ich lieber gleich meine Situation zum Besseren und tu nur noch, was mir Spaß macht.

AZ: Aber das kannst du doch noch nicht mit 13 Jahren selber entscheiden?

Christoph: Wer sagt denn das! Ich weiß sehr gut, was ich will.

AZ: Das glaubst du, jetzt und später könntest du deinen Eltern, wenn sie dir jetzt nachgeben, einmal den Vorwurf machen, sie hätten dich nichts Ordentliches lernen lassen.

Christoph: Ach was, das will ich dann schon selber ausbaden.

„Zu essen findet man immer was"

AZ: Wovon habt ihr eigentlich gelebt in den letzten Tagen?

Christoph: Da bin ich an die Tankstelle rangefahren, hab' voll machen lassen und als sich der Tankwart umdrehte, um den Schlauch wieder einzuhängen, bin ich abgehauen. Zwei Kilometer hat mein Bruder, der den Tankverschluß gehalten hatte, den Tank dann wieder zugemacht. Das haben wir zweimal gemacht.

AZ: Und du meinst, daß all das deine Situation zum Besseren gewendet hat?

Christoph: Ja, schön war's! Zu essen findet man ja immer was. Die Früchte des Feldes und so. Die Polizisten, die uns in Cervo gefaßt haben, weil wir ihnen leider zu jung aussahen, die haben uns gleich mit Semmeln und Spaghetti bewirtet. Sie sehen, man findet immer was, und wegen dem Benzin: Ins Gefängnis stecken können sie uns ja nicht, weil wir noch zu jung sind.

„Ich will nicht in die Schule"

AZ: Und jetzt wartet ihr auf eure Eltern, die euch nach Hause holen werden?

Christoph: Wenn sie das schaffen. Ich will nicht mehr nach Deutschland, ich will nicht in die Schule.

AZ: Was willst du dann?

Christoph: Nix tun. Ich will nur das tun, was mir Spaß macht.

AZ: Also, Christoph, überlegt doch noch mal, ob es nicht besser ist, du sprichst mit deinen Eltern über deine Zukunft.

Christoph: Ihr Zureden hat zwar nichts geholfen, aber trotzdem tue ich das.





„UNS GEFÄLLT ES IN DEUTSCHLAND NICHT MEHR": Der 13jährige Christoph Z. (links) und sein Bruder Michael (11) rissen aus, weil ihnen Staatssystem und Schule „stinkt".

Aus: ABENDZEITUNG, Mchn.

Straßenlieder

Um linke Lieder und linke „Kunst" steht es schlecht bei uns. Da gibt es die linken Pfadfinder- und Reflexionsliedlein für die Stereoanlage daheim – Lieder nicht für den Kampf, sondern fürs Jammern und den Rückzug. Da gibt's die traditionsbeladenen Arbeiterlieder, die die verschiedenen Parteien für ihre geschlossenen Veranstaltungen gepachtet haben – Lieder für's Politwichsen, toter Kulissenzauber der 20er Jahre. Und da gibt es dann noch den einen Biermann, der uns aus seiner Isolation in Ostberlin die Wahrheit und seine Hoffnung berichtet.

Einen haben wir, der ein bißchen zeigen könnte, wie es mit der Kulturrevolution lang gehen könnte: Klaus, den Fiedler, aus Köln. Musik hat er jahrelang studiert, jetzt steht er tagsüber oft auf Kölner und anderen Straßen, spielt seine Lieder, redet mit den Leuten, die immer gleich stehenbleiben, über die Lieder und darüber, daß Widerstand nötig ist. Bei Veranstaltungen und Aktionen spielt er, beim Ford-Streik im letzten August stand er mit seiner Geige vorm Tor.

Die Lieder von Klaus, dem Fiedler, sind keine „revolutionären" Lieder: sie sind nicht in erster Linie für den Gebrauch linker Organisationen bestimmt, sondern für die Massen. Die Lieder sind jetzt in einer Broschüre erschienen:
„Bolle. Straßenlieder von Klaus, dem Fiedler",
zu beziehen über:
Sozialistische Verlagsauslieferungs GmbH, 6 Frankfurt 90, Kurfürstenstr. 8 a oder über linke Buchläden zum Preis von DM 2,–.

Man kann dem Klaus auch schreiben (an: Produktion Ruhrkampf, Verlag Gaehme Henke, 5 Köln 1, Trajanstr. 10–12): wenn ein Haus oder ein Jugendzentrum besetzt wird, wenn es wo eine Politfete gibt ect. – Klaus ist wahrscheinlich bereit, zu kommen und zu spielen.

Bolles Traum



Am Sonntag hatte Bolle
ein' wundersamen Traum.
Da haben alle Leute
ihren Bonz' verhaun.
Die Erde hat gezittert,
der Himmel hat vibriert,
aber dennoch hat sich Bolle
ganz köstlich amüsiert.

Am Montag ist kein Sprit da,
im Radio dröhnt es schrill:
Ihr müßt mit KVB fahrn
zu eurer Arbeitsstell'.
Doch an der Haltestelle,
da stehn 500 Mann,
die sagn: Wir gehn nach Hause,
wir sind doch nicht plem plem.

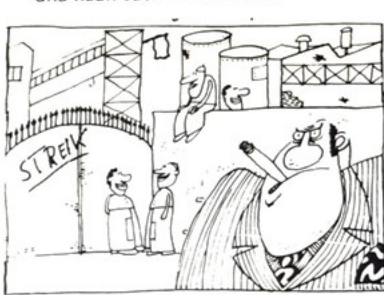


Am Dienstag ist kein Brot da,
die Bäcker haben zu.
Da treffen sich die Bolles
vor Brotfabrik im Nu.
Und holen sich die Brote
da eigenhändig raus,
und tragen sie nach Hause,
das gibt ein' Frühstücksschmaus.

Am Mittwoch ist ein Festtag:
die ganze Stadt ist grün.
Man sieht nix als die Bullen
und Bundesgrenzschutz stehn.
Es treffen sich die Leute,
man schimpft und lacht und spricht;
aber nur die feisten Bonzen,
die sieht man nirgends nicht.

Am Donnerstag, da tönt es
aus Radios plötzlich schrill:
Die Bolles sind nicht mündig,
nein, sie sind kriminell.
Einen nationalen Notstand
ruft der Minister aus:
Wir ham jetzt Krieg! Heil Sieg heil Sieg,
drum: Bolle bleib zu Haus.

Nanu, denkt sich der Bolle,
was ist das für ein Krieg?
Da sitz ich nun zu Hause,
und hör: ich bin besiegt!
Das könnte euch so passen,
ihr feiges Bonzenpack!
Wir gehn jetzt auf die Straße
und haun euch auf den Sack.



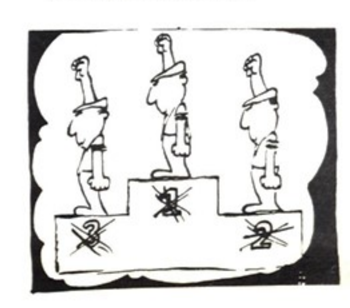
Aha, jetzt tritt der Bolle
gar mutig aus dem Haus.
Da stürzen 1 000 Bolles
aus ihren Häusern raus.
Doch was das Bullenpack ist,
das kämpft organisiert,
aber dennoch hat sich Bolle
ganz köstlich amüsiert.

Am Freitag ist den Bolles
die eine Sache klar:
So könn' wir nicht gewinnen,
so wild wie's gestern war.
Wir müssen unsern Bürgerkrieg
organisiern,
dann werden die Vampire
jämmerlich verliern.

Ja, wehe euch, ihr Bonzen,
der kleine Mann steht auf.
Es geht ja um sein Leben,
das ihr ihm habt geklaut.
Er holt es sich zurücke
auf Leben oder Tod,
damit einmal ein Ende
hat alle seine Not.

Bolles Traum

Am Samstag, ja da gab es
die große Keilerei.
Und: Alle Macht dem Volke!
Millionenschwerer Schrei.
Wir wolln die Güter nützen,
wo der Bonz' die Hand drauf hält!
Zum Leben und zum Lieben
sind wir auf dieser Welt.



Es kommt der Tag der Wahrheit
für Bolle seinen Traum.
Da werden alle Leute
ihren Bonz' verhaun.
Die Erde, die wird zittern,
der Himmel wird vibriern,
aber dennoch wird sich Bolle
ganz köstlich amüsiern.





WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Verantwortlich nach dem Hessischen Pressegesetz ist unsere liebe Genossin Gisela Erler, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstr. 132. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: WIR WOLLEN ALLES, Gaiganz, Kto. 4684-852 PschA Nürnberg.